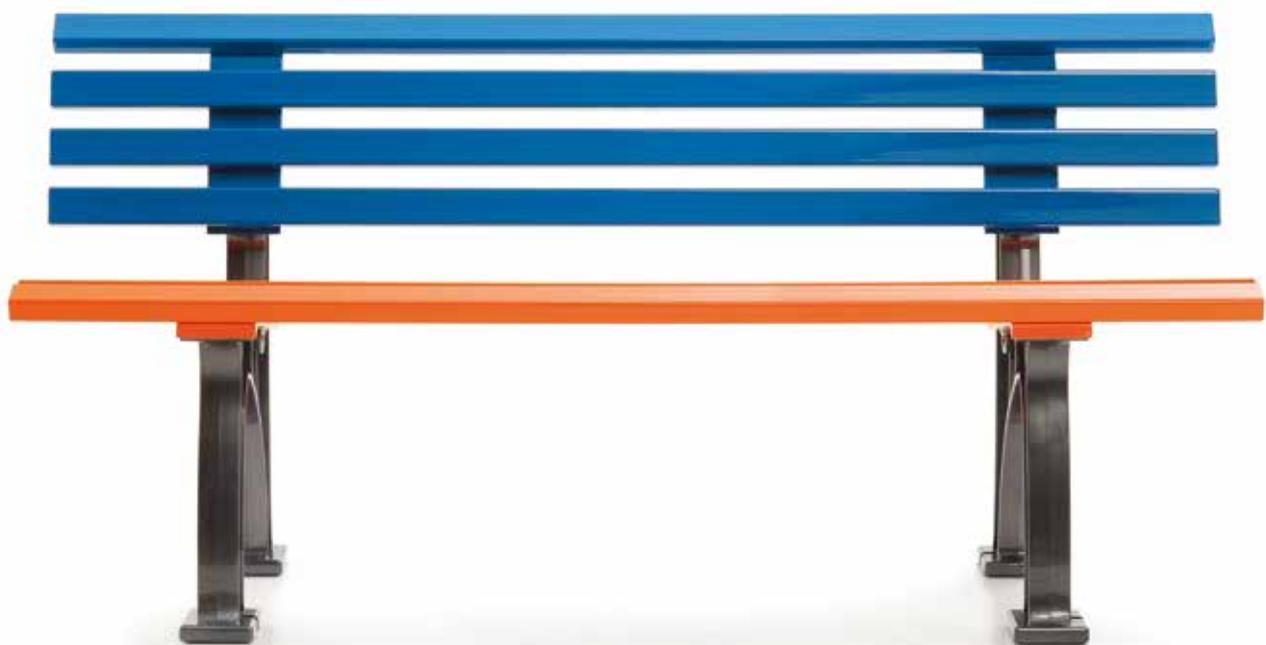


Geschäftsbericht 2015

VR Bank Kitzingen eG



Inhaltsverzeichnis

Informationen zu Vertreterversammlung und Vertreterwahlen

Tagesordnung der ordentlichen Vertreterversammlung 2016	1
Information zu den bevorstehenden Wahlen zur Vertreterversammlung	2
Wahlordnung zur Vertreterversammlung	5

Allgemeiner Teil

Rückblick auf die Mitgliederveranstaltung „Die Bedeutung des Fußballs und einer EM in unserer Gesellschaft“	10
Konjunkturanalyse für Mainfranken	12
Mitgliederförderbericht	14
Mehrwert für unsere Mitglieder	15
„Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit“ – Digitalisierung in der Bankenwelt	16
Neue Kreditdatenbank AnaCredit: Zahlenfriedhof vermeiden	18
EU-Einlagensicherung: Eigenverantwortung statt Transferunion	19
Bericht des Vorstandes	20
Bericht des Aufsichtsrates	22
Vorstellung unseres künftiges Vorstandsmitgliedes	23

Jahresabschluss und Lagebericht

Jahresabschluss	24
Lagebericht	27

Tagesordnung der ordentlichen Vertreterversammlung 2016

Termin: Dienstag, 3. Mai 2016, 19.00 Uhr

Ort: Winzergemeinschaft Franken eG

Alte Reichsstr. 70 (an der B8), Kitzingen / Repperndorf

Tagesordnung

1. Begrüßung durch die Aufsichtsratsvorsitzende Edelgard Pieper-Pavel
2. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2015 und den Jahresabschluss 2015 sowie Vorschlag über die Verwendung des Jahresüberschusses
3. Bericht des Aufsichtsrates über seine Tätigkeit gemäß § 38 Abs. 1 GenG
4. Bericht über die gesetzliche Prüfung gemäß § 53 GenG und
5. Information über den Prüfungsbericht gemäß § 59 Abs. 1 GenG
6. Beschlussfassung über
 - a. die Genehmigung des Jahresabschlusses 2015
 - b. die Verwendung des Jahresüberschusses 2015
 - c. die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat für das Jahr 2015
7. Wahlen zum Aufsichtsrat
8. Änderung der Wahlordnung
9. Wahl eines Wahlausschusses
10. Änderung der Satzung
11. Beschlussfassung gemäß § 30e der Satzung über die Höchstgrenze für Auslagenerstattungen und Vergütungen für den Aufsichtsrat
12. Anträge und Verschiedenes

Information zu den bevorstehenden Wahlen zur Vertreterversammlung

Ende des Jahres steht die Wahl zur Vertreterversammlung der Geschäftsjahre 2016 bis 2020 an. Die Wahlen zu dieser Vertreterversammlung werden wir im Rahmen der diesjährigen Versammlung über das Geschäftsjahr 2015 vorbereiten. Dabei brauchen wir, wie schon in der Vergangenheit, Ihre Mithilfe.

Warum eine Vertreterversammlung?

Ursprünglich ging das Genossenschaftsgesetz davon aus, dass allen Mitgliedern einer Genossenschaft die gemeinsame Willensbildung und Mitverantwortung in der Generalversammlung möglich ist. Die Anzahl der Mitglieder unserer Bank ist zum 31.12.2015 auf 22.750 Personen und Institutionen angestiegen. Dies macht Beschlüsse in einer Mitgliederversammlung aus logistischen Gründen unmöglich. In Kitzingen und in der gesamten Umgebung gäbe es keine geeigneten Räume für eine solche Veranstaltung.

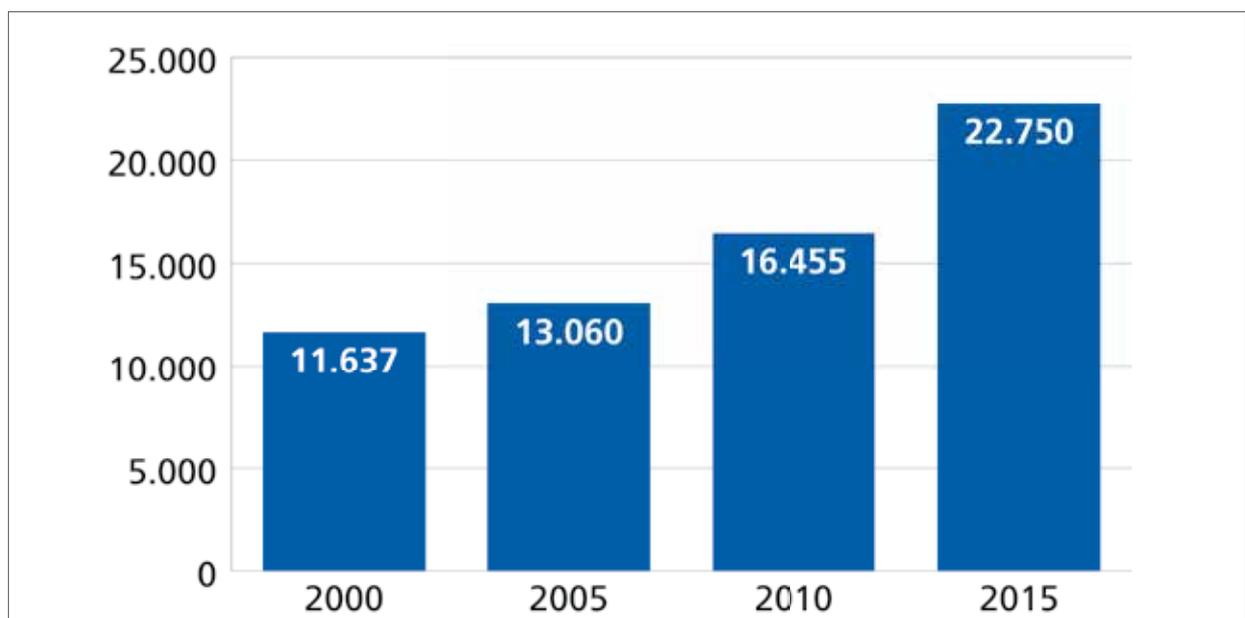
Das Genossenschaftsgesetz nutzt daher die Möglichkeiten der repräsentativen Demokratie über eine Vertreterversammlung. In unserer Bank wurden in der Versammlung bisher 100 Mitglieder von einem Vertreter repräsentiert. Die Vertreterversammlung ist quasi das Parlament der Mitglieder.

Welche Aufgaben haben Vertreterinnen und Vertreter der Mitglieder?

Das Vertreteramt ist ein Ehrenamt. Die gewählten Vertreterinnen und Vertreter sollten möglichst an allen Vertreterversammlungen teilnehmen. Sie haben ein allgemeines Mandat aller Mitglieder und sind deshalb an Weisungen einzelner Mitglieder nicht gebunden. Die Vertreterinnen und Vertreter üben ihr Amt nach pflichtgemäßem Ermessen und im Interesse der gesamten Genossenschaft aus.

Die Vertreterinnen und Vertreter dürfen bei den Beschlüssen, in die sie satzungsgemäß eingebunden sind, nicht in erster Linie ihre persönlichen Interessen zum Maßstab ihrer Entscheidungen machen. Sie müssen die Interessen der übrigen Mitglieder und der Genossenschaft als Wirtschaftsunternehmen im Ganzen angemessen berücksichtigen.

Entwicklung der Mitglieder unserer Genossenschaft 2000 - 2015



Information zu den bevorstehenden Wahlen zur Vertreterversammlung

Soweit die Vertreterversammlung nicht in geschäftspolitische Entscheidungen eingebunden ist, steht sie Vorstand und Aufsichtsrat beratend zur Seite. Die Vertreterinnen und Vertreter können Empfehlungen für allgemeine Grundsätze und Leitlinien der Geschäftspolitik aussprechen.

Der Vorstand hat im Interesse der Genossenschaft zu entscheiden und zu verantworten, inwieweit Empfehlungen in der Vertreterversammlung bei der Geschäftsführung umgesetzt werden können.

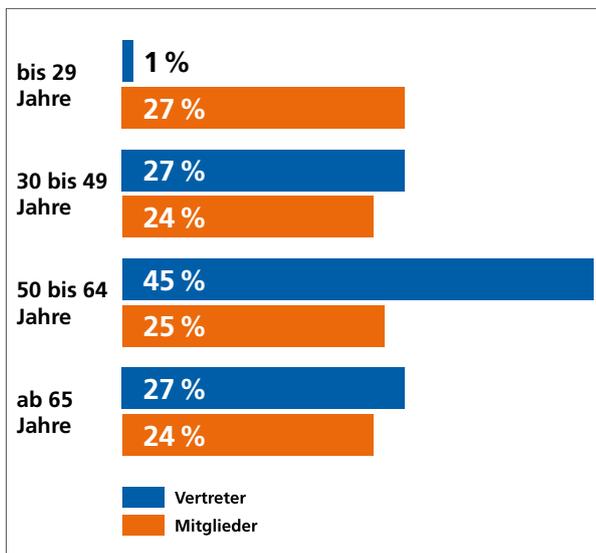
Zusammensetzung der Vertreterversammlung

Nachdem es sich bei der Vertreterversammlung um ein repräsentatives, demokratisches Gremium handelt, sollte es die Mitgliederstruktur in Bezug auf die regionale Herkunft, das Geschlecht, das Alter und die Berufsstände widerspiegeln. Dies hilft, die bestehenden verschiedenen Interessenslagen angemessen zu vertreten. Mit Blick auf die Zukunft wollen wir auch jüngere Mitglieder für die Vertreterversammlung gewinnen.

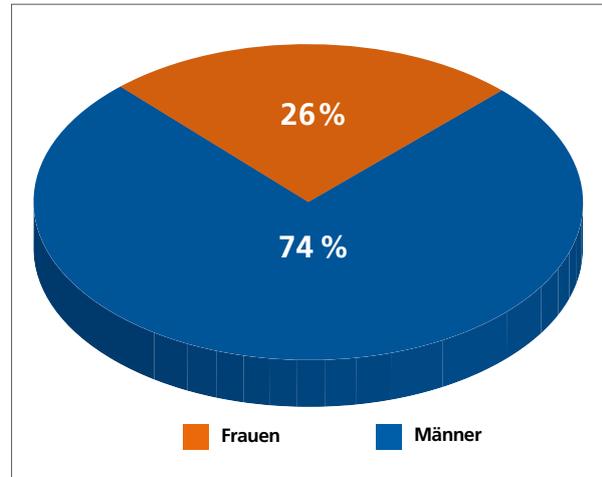
Stark gestiegene Mitgliederzahlen

Durch die stark gewachsene Mitgliederzahl ist in den vergangenen Jahren die Anzahl der Vertreter in der Vertreterversammlung mit jeder Wahl deutlich angestiegen. Wenn wir die Regelung mit 1 Vertreter je 100 Mitglieder beibehalten, würde die Anzahl der Vertreter bei dieser Wahl nochmals deutlich ansteigen.

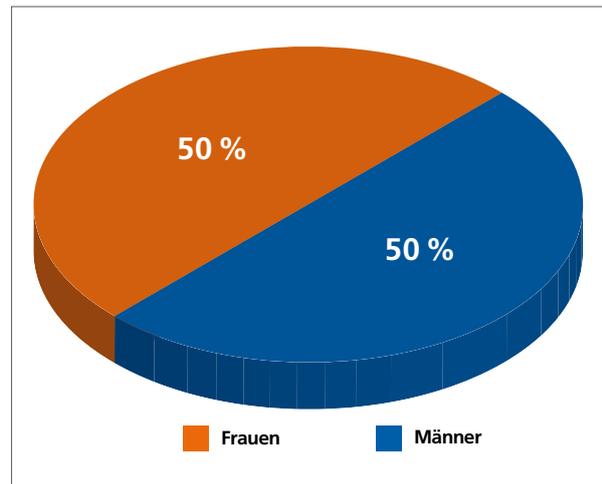
Altersstruktur



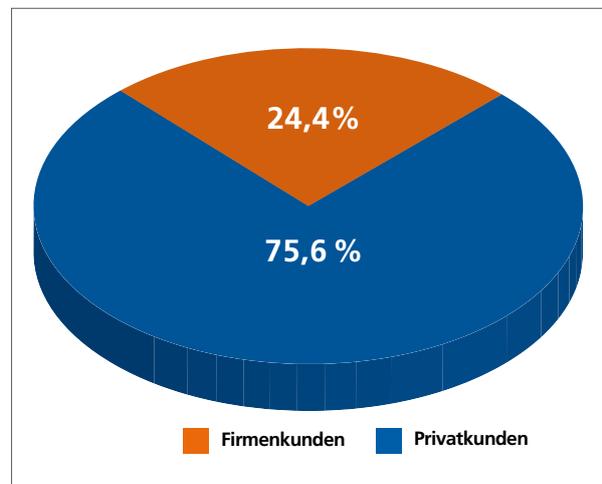
Geschlechterstruktur der Vertreter



Geschlechterstruktur der Mitglieder



Anteil von Privat- und Firmenkunden



Bitte lesen Sie weiter auf Seite 4 

Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat sind gemeinsam der Auffassung, dass eine weitere Vergrößerung des Gremiums Vertreterversammlung keine qualitative Verbesserung der Mitgliedervertretung bei anstehenden Beschlüssen bringt.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen daher vor, das Verhältnis von 1 Vertreter je 100 Mitgliedern auf 1 Vertreter je 150 Mitglieder zu verändern.

Damit wäre unsere Vertreterversammlung in Bezug auf die Anzahl der eingebundenen Mitglieder in etwa so groß wie heute. Zuletzt waren 165 Vertreter und 30 Ersatzvertreter – also insgesamt 195 Personen – in die Vertretung der Mitgliederinteressen eingebunden. An dieser Zahl haben wir uns orientiert.

Wahlausschuss

Als Mitglied des Aufsichtsrates für den Wahlausschuss wurde Frau Edelgard Pieper-Pavel benannt; als Mitglied des Vorstandes Herr Roland Köppel. Als weitere Mitglieder des Wahlausschusses schlagen wir Gerhard Brand, Günter Raab, Magdalena Rothenhöfer und Julia Then vor. Sie haben sich im Vorfeld bereit erklärt, im Wahlausschuss mitzuwirken. Dieser Vorschlag kann von der Vertreterversammlung ergänzt werden.

Wir bitten um Ihre Zustimmung

Vorstand und Aufsichtsrat bitten Sie um Ihre Zustimmung

für die oben vorgeschlagene Lösung. Wir sind überzeugt, dass Sie den veränderten Gegebenheiten gerecht wird.

Fragen zu den Tagesordnungspunkten der Vertreterversammlung beantwortet der Vorstand gerne am 21., 26. und 29. April 2016, jeweils zwischen 14:30 und 17 Uhr.

Außerdem bitten wir Sie, uns auf dem beiliegenden Antwortschreiben mitzuteilen, ob Sie in der kommenden Wahlperiode für ein Ehrenamt als Vertreter oder Ersatzvertreter in der VR Bank Kitzingen eG zur Verfügung stehen. Dies werden wir an den Wahlausschuss weiterleiten.

Sollte für Sie die erneute Wahl als Vertreter oder Ersatzvertreter für die nächste Wahlperiode nicht in Frage kommen, bitten wir um Ihren Vorschlag für eine(n) Nachfolger(in) in diesem für unsere Kreditgenossenschaft wichtigen Amt.

Wir danken Ihnen sehr herzlich dafür, dass Sie sich in der vergangenen Wahlperiode ehrenamtlich in den Dienst der VR Bank Kitzingen eG gestellt haben.

Während der kommenden Wahlperiode steht unsere Kreditgenossenschaft vor großen Herausforderungen. Die anhaltend niedrigen Zinsen werden deutliche strukturelle Veränderungen zur Folge haben. Immer dann, wenn die Herausforderungen größer werden, brauchen Genossenschaften die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Führung und der demokratischen Vertretung.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch bei der Vertreterversammlung 2016.

Edelgard Pieper-Pavel
Aufsichtsratsvorsitzende

Roland Köppel
Vorstand

Peter Siegel
Vorstand

Wahlordnung zur Vertreterversammlung der VR Bank Kitzingen eG (Listenwahl)

Verfahren mit schriftlicher und digitaler Durchführung über das Internet

§ 1

Wahlturnus, Zahl der Vertreter

- (1) Gemäß § 26 c Abs. 1 Satz 1 der Satzung findet die Wahl zur Vertreterversammlung alle vier Jahre statt. Für je 150 Mitglieder ist ein Vertreter zu wählen. Maßgeblich für die Anzahl der zu wählenden Vertreter ist die Zahl der Mitglieder der Genossenschaft am Schluss des der Wahl vorhergegangenen Geschäftsjahres.
- (2) Gemäß § 26 c Abs. 1 Satz 4 der Satzung sind zusätzlich – unter Festlegung der Reihenfolge ihres Nachrückens – mindestens 20 Ersatzvertreter zu wählen; der Wahlausschuss legt die konkrete Zahl der Ersatzvertreter fest.
- (3) Eine vorzeitige Neuwahl zur Vertreterversammlung findet statt, wenn die Zahl der Vertreter unter Berücksichtigung nachrückender Ersatzvertreter unter die gesetzliche Mindestzahl von 50 sinkt.

§ 2

Wahlmodus und Wahlausschuss

- (1) Die Wahl wird grundsätzlich digital über das Internet durchgeführt.
- (2) Alle Mitglieder erhalten einen Wahlbrief mit einem anonymisierten Identifikationskennzeichen (ID) und einem Zugangswort zum Wahlportal das keinen Rückschluss auf das Wahlverhalten zulässt.
- (3) Mitglieder, die Zugang zum gesicherten Online-Banking-Portal der Bank über den sogenannten VRNetKey haben, erhalten Ihren Wahlbrief auf diesem Weg.
- (4) Mitglieder, die keinen Zugang zum gesicherten Online-Banking-Portal der Bank über den sogenannten VRNetKey haben, erhalten ihren Wahlbrief in ihrer Geschäftsstelle. Wird der Wahlbrief vom Mitglied bis zum Beginn der Wahl nicht abgeholt, erfolgt ein Postversand.
- (5) Mitglieder können entscheiden, ob sie eine Briefwahl durchführen und ihre Unterlagen im geschlossenen Umschlag an die vom Wahlausschuss angegebene Adresse senden oder ob sie mit den im Wahlbrief zugestellten Zugangsdaten an der anonymen digitalen Wahl im Internet teilnehmen.
- (6) Vorbereitung und Durchführung der Wahl sowie alle damit zusammenhängenden Entscheidungen obliegen dem Wahlausschuss. Der Wahlausschuss wird vor jeder Neuwahl zur Vertreterversammlung gebildet; der zuletzt gewählte Wahlausschuss bleibt solange im Amt, bis ein neuer Wahlausschuss gebildet ist.
- (7) Der Wahlausschuss besteht aus einem Mitglied des Vorstandes, aus einem Mitglied des Aufsichtsrates und aus mindestens vier, höchstens acht Mitgliedern der Genossenschaft. Das Mitglied des Vorstandes für den Wahlausschuss wird vom Vorstand, das des Aufsichtsrates vom Aufsichtsrat benannt. Die Mitglieder der Genossenschaft für den Wahlausschuss werden von der Vertreterversammlung gewählt. Sie müssen die Voraussetzungen des § 26 b der Satzung erfüllen. Die Zahl der in den Ausschuss zu wählenden Genossenschaftsmitglieder muss die Zahl der von Vorstand und Aufsichtsrat benannten Mitglieder übersteigen. Scheiden Mitglieder vorzeitig aus dem Wahlausschuss aus, so besteht der Wahlausschuss für den Rest seiner Amtszeit aus den verbleibenden Mitgliedern. Eine Ergänzungswahl ist nur erforderlich, wenn die Zahl der Mitglieder des Wahlausschusses unter fünf sinkt.

- (8) Der Wahlausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.
- (9) Der Wahlausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Er fasst Beschlüsse mit Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Die Wahrnehmung der in § 7 Abs. 1 und § 9 Abs. 3 genannten Aufgaben kann der Wahlausschuss einzelnen oder mehreren Mitgliedern übertragen.

§ 3

Wahllisten

- (1) Der Wahlausschuss stellt eine Liste der Kandidaten für die Vertreterversammlung auf (Wahlliste). Diese Liste beinhaltet die zu wählenden Vertreter und die Ersatzvertreter.
- (2) Die Kandidaten sollen von ihrer beabsichtigten Aufstellung zur Wahl zur Vertreterversammlung vorab benachrichtigt werden.
- (3) Vor einer Aufstellung auf der Wahlliste des Wahlausschusses zur Vertreterversammlung sollen die Kandidaten um Zustimmung gebeten werden. Diese Zustimmung kann gegenüber einem Mitglied des Wahlausschusses mündlich erfolgen.
- (4) Weitere Listen können von den Mitgliedern der Genossenschaft an den Wahlausschuss eingereicht werden; eine Zahl von 150 Mitgliedern, welche diese Liste unterstützen, ist in jedem Fall ausreichend, um einen Wahlvorschlag einreichen zu können. Eine Liste kann nur berücksichtigt werden, wenn sie die in der Satzung genannten Voraussetzungen erfüllt, insbesondere die erforderliche Anzahl von wählbaren Vertretern und Ersatzvertretern enthält. In Zweifelsfällen entscheidet der Wahlausschuss.
- (5) Ein Mitglied kann nur auf einer Liste kandidieren.

§ 4

Auslegung der Wahlliste

- (1) Die vom Wahlausschuss aufgestellte Wahlliste ist in den Geschäftsräumen der Genossenschaft oder an einer anderen bekanntzumachenden Stelle für die Dauer von zwei Wochen für alle Mitglieder zur Einsicht auszulegen.
- (2) Gleichzeitig wird die vom Wahlausschuss aufgestellte Wahlliste über das Internetportal der Genossenschaft <https://www.vrkt.de> und über das Online-Banking-Portal für die Mitglieder zugänglich gemacht.
- (3) Die Veröffentlichung der Wahllisten ist vom Vorsitzenden des Wahlausschusses oder seinem Stellvertreter in dem durch die Satzung bestimmten Blatt bekanntzumachen unter Hinweis darauf, dass weitere Listen innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf der Auslegefrist eingereicht werden können; vorher eingereichte Listen können nicht berücksichtigt werden.
- (4) Werden weitere Listen eingereicht, so sind diese Listen anschließend an die Liste des Wahlausschusses zu nummerieren und zusammen mit dieser auf die Dauer von zwei Wochen in der gemäß § 4 beschriebenen Weise auszulegen. Das Einreichen und Auslegen weiterer Listen ist ebenfalls im durch Satzung bestimmten Blatt bekanntzumachen

§ 5

Wahlzeitraum und Briefwahladresse

- (1) Der Wahlausschuss hat über Ort und Zeit der Wahl zu bestimmen. Der Vorsitzende des Wahlausschusses oder sein Stellvertreter hat dies in dem durch die Satzung bestimmten Blatt bekanntzumachen.
- (2) Außerdem muss der Wahlausschuss die Adresse oder das Postfach festlegen, an die Briefwahlunterlagen gesandt werden können oder an die diese zu senden sind.

Wahlordnung zur Vertreterversammlung

§ 6

Stimmabgabe

- (1) Für die Briefwahl gilt:
 - (a) Die Wahl findet geheim, mittels vorab zugestellter Wahlbriefe statt.
 - (b) Steht nur eine Liste zur Wahl, so wird in der Weise abgestimmt, dass jeder Wähler seine Stimme durch „Ja“ oder „Nein“ auf dem Wahlzettel abgibt. Anders beschriebene Stimmzettel sind ungültig.
 - (c) Sind mehrere Listen eingereicht, so bezeichnet jeder Wähler auf dem Wahlzettel die Nummer der Liste, der er seine Stimme geben will; anders beschriebene Wahlzettel sind ungültig.
- (2) Für die digitale Wahl über das Internet gilt:
 - (a) Die Wahl findet geheim, in einem über das Internetportal der Genossenschaft <https://www.vrkt.de> und über das Online-Banking-Portal zu erreichenden gesicherten Wahlbereich, digital im Internet statt.
 - (b) Steht nur eine Liste zur Wahl, so wird in der Weise abgestimmt, dass jeder Wähler seine Stimme durch „Ja“ oder „Nein“ in einem entsprechenden Feld auf der Wahlliste abgibt. Eine anderweitige Stimmabgabe ist ungültig.
 - (c) Sind mehrere Listen eingereicht, so setzt der Wähler auf der Wahlliste, die er wählen möchte, ein „Ja“. Eine anderweitige Stimmabgabe ist ungültig.

§ 7

Durchführung der Wahl

- (1) Die Wahl findet unter Aufsicht des Wahlausschusses statt.
- (2) Für die Briefwahl sind ausschließlich die mit den Wahlunterlagen versandten Stimmzettel zu verwenden. Diese eingegangenen Wahlbriefe werden vom Vorsitzenden des Wahlausschusses und dessen Stellvertreter in Anwesenheit von mindestens zwei Mitgliedern des Wahlausschusses geöffnet. Die Stimmzählung wird gemeinsam vorgenommen.
- (3) Für die digitale Wahl über das Internet gilt zusätzlich:
 - (a) Mit der Einrichtung und Auswertung der digitalen Wahl im Internet kann ein vertrauenswürdiger Dienstleister beauftragt werden.
 - (b) Über die Anforderungen an den mit der Durchführung und Überwachung der digitalen Wahl im Internet beauftragten Dienstleister beschließt der Wahlausschuss.
 - (c) Jedes wahlberechtigte Mitglied erhält mit Auslegung der vom Wahlausschuss aufgestellten Wahlliste auf den in § 2 festgelegten Zugangswegen eine Wahlmitteilung mit dem Hinweis auf den Beginn der Wahl. Der Wahlberechtigte wird darauf hingewiesen, dass er seine Stimme nur einmal abgeben kann.
 - (d) Der beauftragte Dienstleister hat bei der Durchführung der Wahl insbesondere folgende Leistungen zu erbringen:
 - Sicherung des Wahlgeheimnisses
 - Schutz der persönlichen Daten der wählbaren und gewählten Vertreter
 - Erstellen von anonymisierenden Identifikationskennzeichen (ID) und Zugangspasswörtern zum Wahlportal.
 - Identifikationskennzeichen (ID) und Passwort müssen sicherstellen, dass die Mitgliedschaft bei der Genossenschaft durch den Wahlausschuss eindeutig festgestellt werden kann.
 - Sicherstellung, dass kein Rückschluss auf das Wahlverhalten und die Daten der wahlberechtigten Mitglieder möglich ist.
- (4) Der Wahlausschuss beaufsichtigt die ordnungsgemäße Aufteilung der Wahlmitteilungen für die Briefwahl und für die digitale Wahl im Internet. Dabei ist § 7 Nr. 3 zu beachten. Die Erstellung aller Wahlunterlagen für die Briefwahl, erfolgt mit Aufdruck der vom Dienstleister übergebenen Identifikationskennzeichen um sicherzustellen, dass die Wahlberechtigten ihre Stimme nur einmal abgeben.
 - (a) Die mit der Wahlmitteilung erhaltenen Identifikationskennzeichen (ID) und Zugangspasswörter zum Wahlportal ermöglichen über die Internetadresse der Bank <https://www.vrkt.de> und über das Online-Banking-Portal den Zugang zum geschützten Wahlbereich. Durch die Eingabe des Identifikationskennzeichens (ID) und des Zugangspasswortes erhält der Wahlberechtigte während des vom Wahlausschuss bekanntgemachten Wahlzeitraums Zugang in den Wahlbereich. Im Wahlbereich kann die Stimme nur während des bekanntgemachten Wahlzeitraums abgegeben werden. Eine Stimmabgabe mit Hilfe des mitgeteilten Identifikationskennzeichens (ID) ist nur einmal möglich. Nach Abgabe der Stimme durch den Wahlberechtigten wird das Identifikationskennzeichen (ID) für weitere Stimmabgaben gesperrt.

Die Einsichtnahme in die Wahllisten bleibt weiterhin möglich.

- (b) Die Überwachung des digitalen Wahlverfahrens obliegt dem Wahlausschuss.
- (c) Das gesamte Verfahren wird außerdem durch den Datenschutzbeauftragten der Genossenschaft überwacht. Dieser steht dem Wahlausschuss beratend zu Seite.

§ 8

Feststellung des Wahlergebnisses

- (1) Der Wahlausschuss stellt unter Einbeziehung der nach § 7 Absatz (1) beauftragten Mitarbeiter und externen Dienstleister das Ergebnis der Vertreterwahl fest.
- (2) Der Wahlausschuss prüft, ob eingegangene Briefwahlunterlagen von Mitgliedern stammen, die zusätzlich digital im Internet gewählt haben.
- (3) Wählt ein Mitglied sowohl per Briefwahl als auch digital im Internet, ist die Briefwahlstimme ungültig.
- (4) Stand nur eine Liste zur Wahl, ist sie gewählt, wenn sie die Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen erhalten hat. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so findet eine neue Wahl statt. Auch für diese gelten die Vorschriften dieser Wahlordnung.
- (5) Standen mehrere Listen zur Wahl, gilt der Grundsatz der Verhältniswahl (d'Hondtsches System); wenn die niedrigste in Betracht kommende Höchstzahl auf mehrere Vorschlagslisten entfällt, so entscheidet das vom Vorsitzenden des Wahlausschusses oder dessen Stellvertreter gezogene Los darüber, welcher Vorschlagsliste dieser Sitz zufällt.
- (6) Über die Tätigkeit des Wahlausschusses sowie über die Durchführung und das Ergebnis der Wahl ist eine Niederschrift anzufertigen, die von dem Vorsitzenden des Wahlausschusses oder dessen Stellvertreter zu unterzeichnen ist. Die Niederschrift ist zu den Akten der Genossenschaft zu nehmen. Durchschriften sind allen Mitgliedern des Wahlausschusses von seinem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter zu übersenden.

§ 9

Annahme der Wahl

- (1) Nach Feststellung des Wahlergebnisses sind die gewählten Vertreter und Ersatzvertreter unverzüglich von ihrer Wahl schriftlich zu benachrichtigen. Dies geschieht durch den Vorsitzenden des Wahlausschusses oder dessen Stellvertreter; die Benachrichtigung kann auch im Auftrag des Wahlausschusses durch den Vorstand erfolgen.
- (2) Lehnt ein Gewählter nicht innerhalb der ihm bei der Mitteilung seiner Wahl zu setzenden Frist von zwei Wochen ab, so gilt diese von ihm als angenommen.
- (3) Der Wahlausschuss hat festzustellen,
 - (a) wer die Wahl als Vertreter angenommen hat,
 - (b) ob und wann eine neue Vertreterversammlung gemäß § 26 f der Satzung zustande gekommen ist.
- (4) Über diese Feststellung ist eine Niederschrift anzufertigen; es gilt § 8 Abs. 6.

§ 10

Bekanntmachung der gewählten Vertreter

- (1) Eine Liste mit Namen und Wohnort der gewählten Vertreter und der gewählten Ersatzvertreter ist gemäß § 43 a Abs. 6 GenG zwei Wochen lang in den Geschäftsräumen der Genossenschaft und ihren Niederlassungen zur Einsichtnahme für die Mitglieder auszulegen. Dies ist in der durch § 46 der Satzung bestimmten Form bekannt zu machen. Die Auslegefrist beginnt mit der Bekanntmachung. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass jedes Mitglied jederzeit eine Ab-

Wahlordnung zur Vertreterversammlung

schrift der Liste der Vertreter und Ersatzvertreter verlangen kann. Auf Verlangen ist jedem Mitglied unverzüglich eine Abschrift der Liste zu erteilen.

- (2) Zusätzlich wird bei digitaler Wahl die Liste der gewählten Vertreter und der gewählten Ersatzvertreter im gesicherten Mitgliederbereich digital im Internet veröffentlicht. Zu erreichen ist dieser über das Online-Banking-Portal der Bank.

§ 11

Auslegung der Wahlordnung

- (1) Die Wahlordnung ist während der Wahlzeit in allen Geschäftsstellen der Bank auszulegen. Die Mitglieder haben jederzeit Anspruch auf Einsichtnahme oder Aushändigung der Wahlordnung.
- (2) Zusätzlich wird bei digitaler Wahl im Internet die Wahlordnung während der Wahlzeit über das Internetportal der Genossenschaft <https://www.vrkt.de> und im Online-Banking-Portal der Genossenschaft zugänglich gemacht.

§ 12

Verschmelzung

- (1) Nach einer Verschmelzung findet für den Bereich der übertragenden Genossenschaft eine Ergänzungswahl zur Vertreterversammlung der übernehmenden Genossenschaft statt.
- (2) Die Vorbereitung und Durchführung der Wahl sowie alle damit zusammenhängenden Entscheidungen obliegen dem Wahlausschuss der übernehmenden Genossenschaft nach deren Wahlordnung. Abweichend von § 1 Abs. 1 Satz 3 ist der Mitgliederbestand maßgeblich, der sich aus der Verschmelzungsbilanz der übertragenden Genossenschaft ergibt.
- (3) Gewählt werden können nur Mitglieder der übertragenden Genossenschaft.
- (4) Wahlberechtigt sind nur die Mitglieder der übertragenden Genossenschaft.

§ 13

Wahlanfechtung

Jedes wahlberechtigte Mitglied kann innerhalb einer Frist von 7 Tagen nach Ablauf der Auslegefrist (§ 10) bei dem Wahlausschuss die Wahl schriftlich anfechten, wenn gegen zwingende Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes, der Satzung oder der Wahlordnung verstoßen worden ist. Die Wahlanfechtung ist nicht begründet, wenn durch den gerügten Verstoß das Wahlergebnis nicht beeinflusst wird. Über die Anfechtung entscheidet der Wahlausschuss. Er gibt dem Anfechtenden seine Entscheidung schriftlich bekannt.

§ 14

Inkrafttreten der Wahlordnung

Die Wahlordnung bedarf gemäß § 43 a Abs. 4 GenG der Beschlussfassung der Vertreterversammlung. Sie tritt mit dieser Beschlussfassung in Kraft.

Diese Wahlordnung wurde in der Vertreterversammlung am 3. Mai 2016 durch die Vertreterversammlung beschlossen.

„Die Bedeutung des Fußballs und einer EM in unserer Gesellschaft“

Paul Breitner zu Gast in Dettelbach

Rund 800 interessierte Mitglieder folgten dem Vortrag von Fußballlegende Paul Breitner über die Bedeutung des Fußballs und einer EM in unserer Gesellschaft in der Maintalhalle in Dettelbach. Themen wie die Marke und das Produkt FC Bayern München, der Weg zum Erfolg von Paul Breitner selbst und sein Aufgabenbereich beim FC Bayern München kamen dabei nicht zu kurz.

„Als Fußball-Profi konnte ich nur eines nicht: Mund halten und Diplomat sein.“ – diesen Worten blieb er auch in der abschließenden Talkrunde mit ZDF Sportmoderatorin Anna Kraft, dem Sportchirurgen und ehemaligen Fußballprofi beim 1.FC Nürnberg, Dr. Rainer Wirsching, und SKY-Moderator Matze Bielek treu und nahm kein Blatt vor den Mund. Wer aber geglaubt hatte, etwas über Uli Hoeneß zu erfahren, wurde enttäuscht. Hierzu nahm Breitner keine Stellung. Trotz Nachfrage von Matze Bielek war dieses Thema für ihn tabu: „Ich sage nichts zu Uli Hoeneß“.

Ins Detail ging er beim „Konzern mit dem besten Kader der Welt“. Die Aufgabe des FC Bayern München sei es, anderen Vereinen immer einen kleinen Schritt voraus zu sein. „Auf einer Stufe mit Volkswagen“

sieht Breitner den Konzern und die Marke, die in Ländern wie China, Indonesien oder den arabischen Ländern expandieren.

„Die Bayern wollen andere Vereine nur schwächen“, sei eine der häufigsten Aussagen, die man an der Säbener Straße zu hören bekomme. Dem ist laut Breitner nicht so. Vielmehr sei man von Tag zu Tag darauf bedacht, besser zu werden. „Jeder gute Spieler spielt in erster Linie für sich selbst und dann erst für die Mannschaft“, betonte Breitner. Warum solle man also nicht einen Weltklassemann verpflichten, wenn er zum FC Bayern München wechseln möchte.

Vom „Bäh-Image“ zur Mitte des Unterhaltungsfernsehens

Zu den Ursachen seines Erfolgs zählt der Bayern-Markenbotschafter vor allem das Wort „Nein“. Es sei von hohem Stellenwert, dies zu verinnerlichen. Als „kollegialen Einzelkämpfer“ sieht er sich und die besten Fußballer der Welt. Durch den Einzug in das Privatfernsehen habe der Fußball den Weg vom „Bäh-Image“ hin zur „Mitte des Unterhaltungsfernsehens“ geschafft.



Freuen sich über einen gelungenen Abend (von links nach rechts): Matze Bielek, Dr. Rainer Wirsching, Anna Kraft, Peter Siegel und Paul Breitner.

Rückblick Mitgliederveranstaltung



Von Social Media bis zum Kreuzbandriss: Die Talkrunde beinhaltete eine breite Palette an Themen.

Größen wie Franz Beckenbauer und Gerd Müller machten den Sport plötzlich für Sponsoren interessant, die eine erfolgreiche Zukunft im Fußball sahen. Mit dem Bau des Münchner Olympiastadions und den Olympischen Spielen wurde dieser Entwicklungsprozess beschleunigt.

In Richtung von Vorstand Peter Siegel appellierte Breitner: „Behaltet die Zweigstellen mit den Bankberatern vor Ort“.

Dem Vortrag folgte eine Talk-Runde mit einem bunten Themen-Mix vom Sport bis hin zur Politik.

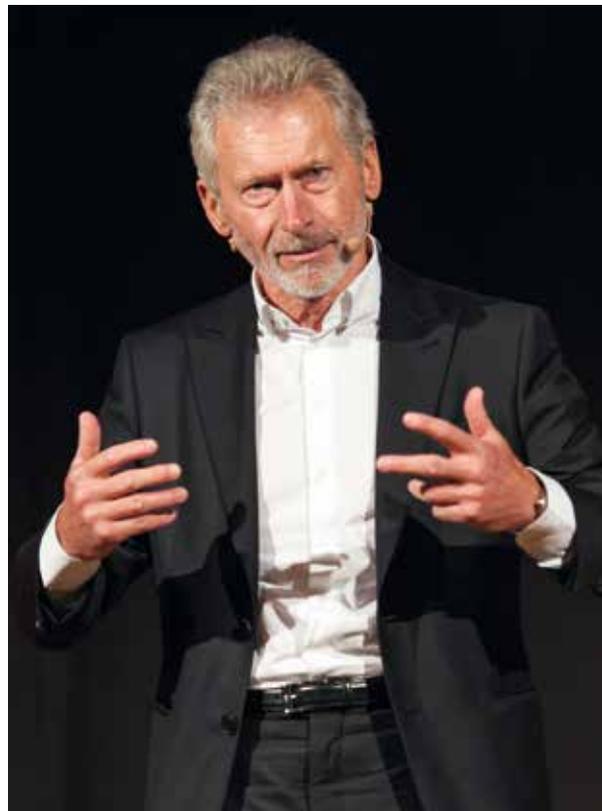
Fußballer sind wie Popstars

Anna Kraft sieht Digitalisierung als normale Entwicklung, die aber auch Gefahren mit sich bringt. „Fußballer sind wie Popstars“ merkte sie an. In Zeiten der sozialen Netzwerke und der breiten Medienlandschaft sei es schwierig, seine Privatsphäre zu behalten. Zustimmung bekam sie hierfür vom Rest der Runde. Breitner sieht es bereits als „Sucht, in der Öffentlichkeit zu stehen“. Mit dem Thema Digitalisierung möchte er nichts zu tun haben. „Das schlimmste, was es gibt sind Selfies“ fügte er an.

Auf die Frage von Matze Bielek nach der AfD antwortete Breitner: „Ich habe es schlimmer erwartet“. Man müsse aufpassen, dass eine Partei wie die AfD nicht erstarkt. Er sieht den Türöffner für solche Parteien in der andauernden Diskussion um die Flüchtlingskrise und einem allgemeinen Vertrauensverlust bei den Politikern.

Sportchirurg Dr. Rainer Wirsching sieht die fehlende Koordinationsentwicklung bei jungen Spielern als

Grund für die Zunahme schwerwiegender Verletzungen im Amateur-Fußball. Die zunehmende Dynamik im Fußball sei ein weiterer entscheidender Faktor. Als „Macher und Herzstück des FC Bayern München“ erkannte er die Leistung von Uli Hoeneß an und beantwortete ein Comeback des ehemaligen Präsidenten. Eine Bereicherung für die Medienlandschaft wäre Hoeneß aufgrund seiner offenen Art allemal.



Redegewandt und humorvoll ließ Paul Breitner seine Erinnerungen an die Fußball-WM 1974 Revue passieren.

Mainfränkische Wirtschaft robust und erwartungsvoll

Konjunkturklimaindikator übersteigt langfristigen Durchschnittswert

Die mainfränkische Wirtschaft startet positiv ins Jahr 2016 – die im Herbst 2015 aufgekommenen Zweifel an einer sich fortsetzenden guten konjunkturellen Lage scheinen derzeit verfliegen. Der IHK-Konjunkturklimaindikator liegt mit 121,0 Punkten um 3,5 Punkte über dem Wert der Herbstumfrage und überschreitet seinen langjährigen Durchschnitt zum dritten Mal in Folge.

Mainfrankens Wirtschaft scheint robuster denn je und trotz Störfeuern wie der Herausforderung rund um die Flüchtlingsthematik in Europa, diversen geopolitischen Konflikten und einer zunehmenden Terrorgefahr, aber auch der sich mäßig entwickelnden Weltkonjunktur.

Die Geschäftslage der mainfränkischen Betriebe ist zum Jahreswechsel 2015/2016 weiterhin auf einem hohen Niveau, wenngleich ein Rückgang um 2,6 Punkte im Vergleich zum Herbst 2015 verzeichnet wird. Triebkraft ist der hohe Konsum seitens der privaten Haushalte und der öffentlichen Hand.

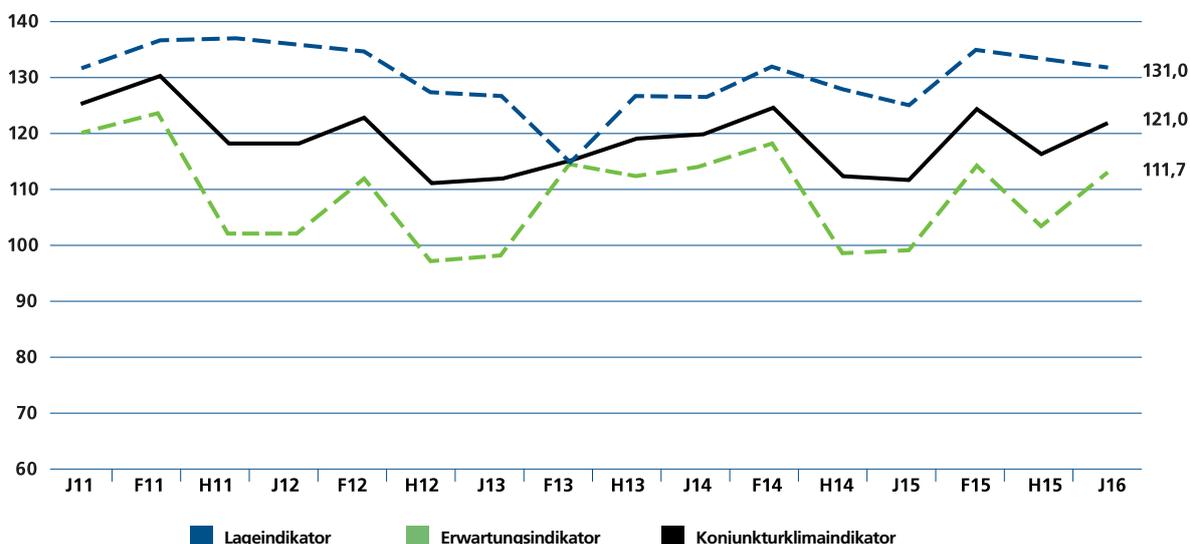
Der boomende Arbeitsmarkt, in den vergangenen Monaten waren so viele Menschen erwerbstätig wie noch nie, Lohnsteigerungen in nahezu allen Branchen sowie das niedrige Zinsniveau begünstigen das verbraucherfreundliche Konsumklima.

Der erneute Rückgang des Ölpreises führt zu einer Stärkung der Kaufkraft der Haushalte. Auch die staatlichen Konsumausgaben steigen aufgrund des anhaltend starken Zustroms von Flüchtlingen an. Trotz des schwachen Eurokurses bleiben Impulse des Außenhandels weitgehend aus. Steigende Exporte nach Nordamerika und in die Eurozone können die schwächelnden Geschäfte mit Russland und China lediglich kompensieren. Hoffnung für die Zukunft stellt hingegen die Aufhebung der Iran-Sanktionen dar.

Trotz des positiven Konjunkturklimas bestehen Risiken, die die mainfränkische Wirtschaft künftig vor große Herausforderungen stellen können. Zwar zeigen sich die Betriebe zuversichtlich in ihren Geschäftserwartungen für die kommenden Monate – der Erwartungsindikator ist im Vergleich zum Herbst 2015 um 8,3 Punkte auf nun 111,7 Punkte angestiegen – das Niveau der Lagebeurteilungen konnte aber nicht erreicht werden.

Zurückführen lässt sich dies auf große Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Weltwirtschaft, die für die exportstarke mainfränkische Wirtschaft von hoher Bedeutung ist. Der Internationale

Konjunkturklimaindikator für Mainfranken – Jahresbeginn 2016



Konjunkturanalyse

Währungsfonds (IWF) spricht in seinem kürzlich veröffentlichten Weltwirtschaftsbericht von „erheblichen Risiken“ in den kommenden Monaten. Gründe sind die konjunkturelle Flaute der Schwellenländer, der niedrigere Wachstumskurs Chinas sowie die Leitzinserhöhung in den USA, die die wirtschaftliche Erholung der Schwellenländer nachhaltig gefährden könnte.

Des Weiteren fehlt eine allumfassende, europäische Lösung der Flüchtlingsthematik. Europa entwickelt sich derzeit eher auseinander; der „Europäische Gedanke“ steht auf dem Spiel. Aus nationaler Sicht gilt es, Asylsuchende mit Bleibeperspektive in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu integrieren. Hierzu fehlen entsprechende Rahmenbedingungen, stattdessen drohen Unternehmen zusätzliche Belastungen (u.a. Arbeitnehmerüberlassung, Erbschaftsteuer). Hier ist die Politik gefordert, entsprechend nachzubessern. Auch dürfen notwendige Infrastrukturinvestitionen nicht auf die lange Bank geschoben werden, denn dies gefährdet die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Fazit: Mainfrankens Wirtschaft befindet sich in guter Verfassung und zeigt sich bislang von nationalen und internationalen Unsicherheiten unberührt. Stand heute dürfte die mainfränkische Wirtschaft ihrem soliden Wachstumspfad weiter folgen.

Geschäftslage

Die mainfränkische Wirtschaft zeigt sich mit ihrer aktuellen Geschäftslage sehr zufrieden, wengleich die Beurteilungen leicht hinter jenen aus dem Herbst 2015 zurückbleiben. Aktuell bezeichnen 39,2 % der befragten Betriebe die Geschäftslage als gut, 52,6 % als befriedigend und 8,2 % als schlecht. Die Unternehmen profitieren weiterhin vom positiven Konsumklima, dem stabilen Arbeitsmarkt sowie dem erneut gefallenem Ölpreis.

Geschäftserwartung

Für die Geschäftsentwicklung in den kommenden Monaten macht sich zunehmender Optimismus breit. Die Mehrheit der Betriebe geht davon aus, dass sich die gute Geschäftslage auch in den Folgemonaten fortsetzt (63,9 %) oder verbessert (23,9 %). Dennoch bestehen Risiken, wie die schwächere Konjunktorentwicklung Chinas, die Vielzahl geopolitischer Konflikte, die zunehmende Terrorgefahr sowie zahlreiche wirtschaftspolitische Maßnahmen (u.a. Mindestlohn, Arbeitnehmerüberlassung, Erbschaftsteuer), die die Betriebe vor Herausforderungen stellen.

Exportenerwartung

Die Entwicklung des Auslandsgeschäfts ist für die mainfränkische Industrie derzeit zweigeteilt. Während von Ausfuhren in die Eurozone und insbesondere nach Nordamerika positive Impulse ausgehen, leiden Exporte nach China und auch das Russlandgeschäft läuft weiter schlecht. Für die kommenden Monate rechnen die befragten Betriebe mit keiner nennenswerten Veränderung der Handelsaktivität. Zwar werden erneut steigende Exporte in die Eurozone und nach Nordamerika erwartet, diese werden durch weiter schwächelnde Geschäfte mit China und insbesondere Russland kompensiert.

Beschäftigungspläne

Der Beschäftigungssaldo der mainfränkischen Wirtschaft liegt mit minus 4,3 Punkten auf ähnlichem Niveau wie im Herbst 2015. 11,0 % der Betriebe wollen neue Stellen schaffen, 15,3 % Jobs streichen. Die große Mehrheit (73,7 %) plant keine Veränderungen. Das Thema Fachkräftesicherung belastet die mainfränkische Wirtschaft zunehmend; 42,8 % sehen hierin ein Risiko für die Geschäftsentwicklung. Die geringeren Beschäftigungspläne der Unternehmen könnten somit auch Ergebnis eines leergefegten Arbeitsmarktes sein: Betriebe können offene Stellen nicht wiederbesetzen, da qualifizierte Fachkräfte fehlen. Darauf deutet auch der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) hin, denn der Bestand an offenen Stellen wächst seit Jahren stetig an.

Investitionspläne

Das Investitionsklima in Mainfranken hat sich im Vergleich zum Herbst 2015 verbessert, bleibt aber ausbaufähig. 25,9 % der Betriebe berichten von expansiven, 53,7 % von gleichbleibenden und 11,9 % von reduzierten Investitionsabsichten im Inland. Keine Investitionen planen 8,4 %. Trotz der günstigen Finanzierungsbedingungen sind die Betriebe kaum bereit, im Inland in Produktinnovationen oder Kapazitätsausweitungen zu investieren. Hauptmotiv bleibt die Ersatzbeschaffung. Hält diese Entwicklung weiter an, droht ein Bedeutungsverlust des Wirtschaftsstandorts im internationalen Wettbewerb.

Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung der IHK Würzburg-Schweinfurt (Konjunkturanalyse für Mainfranken Jahresbeginn 2016 – Stand 01 / 2016)

Mitgliederförderbericht

Auf dem Weg zur Mitgliederbank 2017 befinden wir uns kurz vor dem Ziel. Zum Jahresende 2015 waren 22.750 Mitglieder an unserer Bank beteiligt.

In 2015 haben 1.148 Menschen entschieden, Mitglied der VR Bank Kitzingen eG zu werden. Die Anzahl der Kunden, die gleichzeitig Eigentümer ihrer genossenschaftlichen Bank sind, ist damit zum Jahresende 2015 auf 22.750 angestiegen.

Unserem in der Satzung festgelegten Ziel, zum Beginn des nächsten Jahres das Bankgeschäft zu 100 % mit Mitgliedern unserer Genossenschaft zu führen, sind wir deutlich näher gekommen. Zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres resultierten über 93 % der Einlagen und Kredite aus Bankgeschäften mit Mitgliedern. Alle Kunden, die sich bisher noch nicht für eine Mitgliedschaft entscheiden konnten, wollen wir im laufenden Geschäftsjahr von den Vorteilen überzeugen.

Finanzielle Mitgliederförderung

Auch für 2015 ist vorgesehen, dass jedes Mitglied für seinen ersten Geschäftsanteil eine Dividende in Höhe von 5 % erhält. Als Miteigentümer der Bank erhalten die Mitglieder – vorbehaltlich der Genehmigung durch die Vertreterversammlung – insgesamt 105.537 Euro Dividende. Zusätzlich schütten wir Bonuszahlungen in Höhe von rund 434.000 Euro aus. Darüber hinaus stellen wir je Mitglied für den ersten voll eingezahlten Geschäftsanteil 5 Euro in den Beteiligungsfonds ein.

Der Gegenwert eines Bonuspunktes für das Geschäftsjahr 2016 beträgt 50 Cent. Das Bonuskriterium „Geldgänge“ entfällt rückwirkend zum 1. Januar 2016.

Unser Beratungskonzept

Mit unserem neuen Beratungskonzept verfolgen wir das Ziel, die Beratungsqualität zu steigern und Mitglieder optimal bei ihren Bankgeschäften zu unterstützen.

Zu Beginn des Jahres 2015 haben wir unsere Beratungseinheiten in Berater vor Ort, Finanzplaner bzw. Spezialberater und Individualkundenberater neu strukturiert. Unser Leitbild ist Entscheidungsgrundlage für die Konzeption der Betreuungsabläufe. Nur Dienstleistungs- und Produktangebote, die unseren Mitgliedern nutzen, können Betreuungsstandard unserer Genossen-

schaft werden.

Die entscheidenden Merkmale des bundesweiten Projektes „Beratungsqualität“ sind:

- Transparente und verständliche Beratungen
- Leistungsversprechen gegenüber dem Mitglied einlösen
- Wettbewerbsfähigkeit der Genossenschaft durch Qualität nachhaltig sichern
- Fehlerquellen in der Beratung durch Einsatz zeitgemäßer Medien minimieren

Die Berater vor Ort analysieren die Ziele und Bedürfnisse unsere Mitglieder. Um beratungsintensive Themen wie Vermögensaufbau, Risikoabsicherung, Altersvorsorge oder Gesundheitsvorsorge kümmert sich ein Spezialist in unserer Hauptstelle.

Unsere Spezialisten haben folgende Schwerpunkte:

- Finanzplaner (Wertpapiergeschäft)
- Finanzplaner (Vorsorgeberatung)
- Immobilienfinanzierung
- Versicherung & Vorsorge

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, neben der Qualität unserer Beratungsgespräche vor allem die Qualität der gesamten Mitgliederbetreuung zu verbessern. Dabei müssen wir die Balance zwischen optimaler Betreuung und vernünftigen Kosten finden.

Jedes Mitglied soll mindestens einmal jährlich die Möglichkeit haben, ein Beratungsgespräch zu führen.

Mehrwert für unsere Mitglieder

Neben der finanziellen Förderung bieten wir Mitgliedern einen Mehrwert durch exklusive Veranstaltungen zu aktuellen Themen.

16. März 2015: „Kampf um Strom“

Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, traf mit ihrem Vortrag „Kampf um Strom: Die wirtschaftlichen Chancen einer klugen Energiewende“ den Geschmack von rund 800 Mitgliedern. Der Stromverbrauch habe einen vergleichsweise unbedeutenden Anteil am gesamten Energiebedarf. Die größten Energieverbraucher seien mit ca. 75 % Mobilität und Gebäudeenergie. Deshalb sei ein weitreichender Systemwechsel notwendig. Dabei müsse neben dem Ausbau erneuerbarer Energien auch die Reduktion von Treibhausgasemissionen und der Energienachfrage berücksichtigt werden.



V. links n. rechts: Vorstand Peter Siegel, Prof. Dr. Claudia Kemfert, Gerd Bock, Peter Tiefenthaler, Nicole Then, Vorstand Roland Köppel.

Prof. Dr. Kemfert appellierte an die Politik, auf den Ausbau von Gaskraftwerken hinzuwirken. Diese seien flexibler und umweltverträglicher als Kohlekraftwerke. Ihren Appell betonte sie auch in der von Nicole Then moderierten Expertenrunde mit Gerd Bock, Vorstand der Unterfränkischen Überlandzentrale eG, und Peter Tiefenthaler, Geschäftsführer der LKW Kitzingen GmbH.



V. links n. rechts: Prof. Dr. Claudia Kemfert, Gerd Bock, Nicole Then, Peter Tiefenthaler.

6. Juni 2015: BonusLauf

Egal ob zu Fuß, mit Walking-Stöcken, Kinderwagen, Hund, Rollstuhl, Tretroller oder Kinderfahrrad: Mit 4.826 Teilnehmern von 130 Organisationen fand auch der 8. VR Bonuslauf regen Zuspruch. Volle 14 Minuten dauerte es, bis der letzte Teilnehmer die Startlinie am Bleichwasen in Kitzingen passiert hatte.



Erst nach einer knappen Viertelstunde hatten alle 4.826 Teilnehmer des 8. BonusLaufs die Startlinie passiert.

Die fünf Kilometer lange Strecke führte entlang des Mains zur Südbrücke, auf der Etwashäuser Seite zurück und wieder über die Alte Mainbrücke ins Ziel. Dort verteilten unsere Mitarbeiter rund 8.000 Liter Wasser, 10.000 Bananen und 5.000 Äpfel an die Läufer. Für jeden Teilnehmer erhielten die angemeldeten Vereine, Gruppen, Schulen oder Kindergärten eine Laufprämie von 10 Euro. In der Summe konnten wir 48.260 Euro ausschütten.

Erstmals führten wir im vergangenen Jahr einen Facebook-Fotowettbewerb durch, bei dem jede angemeldete Organisation eine Sonderprämie gewinnen konnte. Über den Hauptgewinn von 250 Euro freute sich das Armin-Knab-Gymnasium in Kitzingen. Insgesamt haben wir bei den vergangenen acht BonusLäufen 275.000 Euro ausgeschüttet. Der 9. BonusLauf findet am 4. Juni 2016 statt.

„Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit.“ (Carl Josef Neckermann)

Wie wir einkaufen, unser Geld verwalten oder Informationen vertreiben – die Digitalisierung verändert unser Leben auf gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Ebene.

Die aktuellen Rahmenbedingungen stellen Banken und Sparkassen vor große Herausforderungen. Täglich lesen wir Artikel über Veränderungen in der Finanzbranche, die Niedrigzinsphase und das Internetbanking. Dies sind nur wenige der zahlreichen Begriffe, über die weltweit diskutiert wird.

Die Vergangenheit zeigt, dass Veränderungen notwendig sind. Nur Unternehmen, die sich schnell an neue Trends angepasst haben, konnten im Wettbewerb bestehen. Vor allem das langfristig niedrige Zinsniveau erschwert die Erwirtschaftung von Erträgen aus dem klassischen Bankgeschäft. Maßnahmen zur Kostensenkung, Effizienzsteigerung und Verschlankeung von Prozessen gewinnen zunehmend an Bedeutung.

In diesem Zusammenhang fällt in letzter Zeit verstärkt das Wort „Digitalisierung“. Auch die VR Bank Kitzingen eG passt sich der Digitalisierung an, um auf die Einschätzungen vieler Experten und der bereits gesammelten Erfahrungen zu reagieren.

Online-Banking mit Smartphone und Tablet auf dem Vormarsch

Immer mehr Menschen setzen in Sachen Online-Banking auf Bequemlichkeit, Schnelligkeit und Sicherheit. Mal eben in der Bahn die Miete überweisen, ein Produkt bei einem der zahlreichen Onlineshops kaufen oder bargeldloses Bezahlen sind zur Normalität und Regelmäßigkeit geworden.



Das Smartphone wird für immer mehr Menschen täglicher Begleiter auch bei ihren Bankgeschäften.

Mit dem neuen TAN-Verfahren „VR-Secure Go“ bewegen sich VR Banken beim Online-Banking in die richtige Richtung. Dabei werden Transaktionsnummern (TAN) auf einem mobilen Endgerät in der VR-SecureGo App angezeigt. Selbstverständlich wird jede TAN verschlüsselt übertragen. Wird die VR-SecureGo App zusammen mit der VR-Banking App auf dem gleichen Gerät genutzt, kann jede TAN – z. B. zur Freigabe einer Überweisung – mit einem Klick in die VR-Banking App übertragen werden.



Die Zusammenarbeit der beiden Apps erstreckt sich jedoch auf weit mehr als lediglich eine Überweisung auszuführen. Egal ob Aktienhandel, Geldautomatensuche oder direkte Verlinkung zu unserem Facebook-Auftritt: VR-Banking App und VR-SecureGo sind sichere, komfortable und einfache zu bedienende Instrumente zur Erledigung alltäglicher Bankgeschäfte. Durch regelmäßige Aktualisierungen beider Apps wird stets zeitnah auf Neuerungen im Online Banking reagiert.

Präsenz in sozialen Netzwerken

Die Aktivität in sozialen Netzwerken nimmt stetig zu und ist zu einer alltäglichen Sache geworden. So nutzt z. B. fast jeder dritte Deutsche Facebook. Andere soziale Netzwerke sind ebenfalls auf dem aufstrebenden Ast und aus der heutigen Welt nicht mehr wegzudenken.

Auch die VR Bank Kitzingen eG versteht soziale Netzwerke als Mittel, um Informationen schnell und flä-



chendeckend weiterzugeben. Das verantwortliche Mitarbeiterteam arbeitet kontinuierlich an der Erhöhung unserer Präsenz und der Vergrößerung unserer Reichweite.

Überarbeitete Online-Geschäftsstelle

Bankgeschäfte verlagern sich bei Privatkunden und Unternehmen zunehmend in die digitale Welt. Nur jeder zweite Kunde von Volks- und Raiffeisenbanken besucht mehr als einmal pro Jahr eine Geschäftsstelle. Das macht ein weitreichendes Informations- und Serviceangebot im Internet unerlässlich.

Dem Umstand tragen wir kontinuierlich Rechnung. Während der vergangenen Monate haben wir die Struktur unserer 2013 „eröffneten“ Online-Geschäftsstelle überarbeitet.

Die größte Verbesserung bietet die „Navigationsleiste“. Eine alphabetisch sortierte Liste mit Suchbegriffen erleichtert künftig die Suche nach Informationen und hilft jedem Nutzer, sich in unserer Online-Geschäftsstelle zurechtzufinden. Die Arbeiten zur Erstellung der Navigationsleiste werden in Kürze abgeschlossen sein.

Verbesserte Bargeld-Dienstleistungen durch Digitalisierung

Nicht nur bei Überweisungen, Lastschriften und Daueraufträgen hält unsere Bank digital Schritt. Die Digitalisierung verbessert auch den Umfang der von uns angebotenen Bargeld-Dienstleistungen.

Jede unserer Geschäftsstellen verfügt über mindestens einen Geldautomaten mit Einzahlungsfunktion. Mit ihrer VR-BankCard Plus oder VR-BankCard können Mitglieder der VR Bank Kitzingen eG rund um die Uhr kostenlos Bargeld abheben und Euro-Banknoten einzahlen. Bei aufkommenden Fragen stehen unsere Mitarbeiter weiterhin gerne zur Verfügung.

Die Digitalisierung ist ein wichtiger und existenziell notwendiger Schritt für Unternehmen und Privatpersonen. Aber zeitgemäße Technik ist nicht alles. Der Schlüssel zum Erfolg liegt im Zusammenspiel zwischen persönlichen Kontakten, zuverlässiger Arbeit in den sogenannten „Back-Office“-Abteilungen und zeitgemäßer technischer Ausstattung bzw. Digitalisierung.

Deshalb setzt unsere Bank weiterhin auf Kundennähe in Geschäftsstellen. Das neu konzipierte Beratungskonzept mit Finanzplanern und Spezialberatern in der Hauptstelle ist vollständig umgesetzt. Es gewährleistet die Aufrechterhaltung und den Ausbau persönlicher Kundenbindung und fördert bestehendes Vertrauen.



Mitglieder können in allen Geschäftsstellen jederzeit Bargeld einzahlen.

Neue Kreditdatenbank AnaCredit: Zahlenfriedhof vermeiden

Die Europäische Zentralbank plant, innerhalb des Euroraums eine harmonisierte Kreditdatenbank (Analytical Credit Dataset, AnaCredit) aufzubauen.

Die gesetzliche Grundlage bildet eine EZB-Verordnung, deren Entwurf Anfang Dezember veröffentlicht wurde. Der Gesetzesentwurf regelt zunächst nur die erste Stufe des Meldeprojekts, die Ausleihungen an juristische Personen umfasst. Ab einer Meldeschwelle von 25.000 Euro fordert die EZB Informationen zu rund 100 Kreditmerkmalen. Bereits ab Mitte 2017 können erste Meldungen an die nationalen Zentralbanken erforderlich sein. Wenn auch noch nicht explizit geregelt, behält sich die EZB für die Zukunft die Einführung weiterer Meldeschritte vor. Dann könnten auch z.B. Wohnungsbaukredite von Privatpersonen von den Meldepflichten betroffen sein.

Problem

Mit AnaCredit droht ein „Zahlenfriedhof“. Es entstehen riesige Datenberge, deren Nutzen für die EZB zweifelhaft ist und bei Weitem nicht im Verhältnis zum Erhebungsaufwand steht. Würden alle bislang geplanten Stufen von AnaCredit umgesetzt, müssten laut Deutscher Bundesbank bei einer Meldeschwelle von 25.000 Euro in Deutschland 50 bis 60 Millionen Kredite gemeldet werden. Zudem stellen einzelne Kreditmerkmale auf IFRS-Werte ab. Viele kleine und mittlere Kreditinstitute bilanzieren jedoch nach dem Handelsgesetzbuch (HGB), sodass die Ermittlung der Daten einen erhöhten

Aufwand verursacht. Hinzu kommt für die Institute zumindest in der Übergangsphase eine Doppelbelastung durch das in Deutschland bestehende Millionenkreditmeldewesen.

An erster Stelle wären jedoch die Kreditnehmer betroffen, die die Daten zusammenstellen und an die Banken melden müssten. Ein erheblicher Informationsaufwand und ein „gläserner Bankkunde“ wären die Folge. Beides kann jedoch nicht im Interesse der Kunden sein.

Lösung

Die EZB muss den Umfang der geplanten Datenbank einschränken. Denn die Bankkunden haben ein Recht auf ein hinreichendes Maß an Privatsphäre. Es muss daher darauf geachtet werden, dass das europäische Kreditregister mit den geltenden Datenschutzregeln in Einklang steht. Zudem muss die Meldeschwelle von 25.000 Euro deutlich angehoben werden, um die Problematik eines „gläsernen Bankkunden“ und des erheblichen Mehraufwands für das Erfassen und Pflegen der Daten abzumildern.

Besonders belastend für Kunden und Banken wären umfangreiche Nachfassaktionen zu bereits bestehenden Krediten. Daher ist eine Nacherhebung dieser Kreditbeziehungen unbedingt zu vermeiden.

Insbesondere kleineren Instituten verursacht AnaCredit einen erheblichen Mehraufwand. Auch bei den Anforderungen des Kreditmeldewesens gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Diesen muss die Notenbank berücksichtigen. Ein Schritt in die richtige Richtung ist daher, dass die EZB kleineren Instituten Meldebefreiungen ermöglichen möchte. Um den Banken die nötige Planungssicherheit hinsichtlich der Meldepflichten zu geben, sollte sich die entsprechende Klassifikation jedoch – anstatt am Gesamtvolumen der AnaCredit-Meldungen eines Landes – an der Bilanzsumme orientieren. Kreditinstitute mit einer Bilanzsumme von weniger als 3 Milliarden Euro sollten von den Meldepflichten ausgenommen werden.



EU-Einlagensicherung: Eigenverantwortung statt Transferunion

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken lehnen die neuen Brüsseler Pläne für eine europäische Einlagensicherung ab.

In Europa ist der Schutz von Ersparnissen bei Banken auf nationaler Ebene organisiert. Ein europaweit einheitliches Schutzniveau von 100.000 Euro je Sparer wird durch die EU-Einlagensicherungsrichtlinie gewährleistet, welche im Jahr 2014 überarbeitet wurde. Bislang haben 21 EU-Staaten die Richtlinie umgesetzt.

Indes möchte die Europäische Kommission die nationalen Schutzmechanismen in einem gemeinsamen europäischen Sicherungssystem (European Deposit Insurance Scheme, EDIS) zusammenführen. Dazu hat sie im November 2015 einen Gesetzesvorschlag vorgelegt. Bis 2024 soll die Einlagensicherung vollständig auf die EU-Ebene übertragen werden.

Problem

Die Pläne für eine europäische Einlagensicherung bergen erhebliche Gefahren. Eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung innerhalb der Bankenunion verfestigt die Tendenz zu einer Transferunion zwischen Banken in Europa. Denn stabile und leistungsfähige Bankensysteme und ihre Sicherungsfonds müssten für instabile Systeme haften, ohne einen Einfluss auf deren Risikosteuerung zu besitzen.

Mit Blick auf Deutschland bedeutet das: Die Träger von wirkungsvollen Sicherungssystemen wie der genossenschaftlichen Institutssicherung, die auf die Vermeidung von Bankinsolvenzen und damit Einlagenentschädigungsfällen ausgerichtet sind, müssten dauerhaft in einen europäischen Entschädigungstopf einzahlen.

Zudem würde mit der gemeinsamen Haftung risikoreiches Verhalten (Moral Hazard) begünstigt. Erstens haben die Mitgliedsstaaten noch erheblichen Einfluss auf die Risikoneigung der jeweiligen Bankensektoren. Deshalb ist gegenwärtig eine Risikokontrolle durch eine Einlagensicherung auf EU-Ebene nur eingeschränkt möglich. Zweitens ist zu bezweifeln, dass eine EU-Einlagensicherung riskantem Verhalten von Banken durch höhere Beitragszahlungen für die Einlagensicherung angemessen entgegenwirkt.



Lösung

Vor diesem Hintergrund lehnen die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken eine Vergemeinschaftung der europäischen Einlagensicherungssysteme entschieden ab. Das gilt auch für eine „Rückversicherungslösung“ als Zwischenschritt zu einer europäischen Einlagensicherung. Eine Transferunion darf es in Europa nicht geben. Die zur Sicherung von Kundengeldern über viele Jahre in der genossenschaftlichen Sicherungseinrichtung angesammelten Mittel dürfen nicht für eine grenzüberschreitende Haftung für Kreditinstitute mit völlig unterschiedlichen, teils risikobehafteten, Geschäftsmodellen verwendet werden.

Mit der im vergangenen Jahr nach langen Verhandlungen novellierten EU-Einlagensicherungsrichtlinie haben die EU-Gesetzgeber bewusst den Weg der Harmonisierung der nationalen Einlagensicherungssysteme beschritten. Die europäischen Vorgaben werden seitdem in den Mitgliedsstaaten umgesetzt und die Einlagensicherungssysteme entsprechend weiterentwickelt.

Es liegt nun in der Verantwortung jedes einzelnen Mitgliedsstaates, seine Sicherungssysteme auf- bzw. auszubauen. Die erneute Diskussion über eine Vergemeinschaftung der vorhandenen Einlagensicherungssysteme ist auch vor diesem Hintergrund kontraproduktiv. Vielmehr muss die Eigenverantwortung der EU-Mitgliedsländer, der Banken und ihrer Sicherungssysteme weiter gestärkt werden.

Bericht des Vorstandes

Unsere Bilanzzahlen

Die Bilanzsumme im Jahr 2015 beträgt 669,9 Millionen Euro und liegt um 1,2 % (7,8 Millionen Euro) über dem Vorjahr. Im Kerngeschäft, bei Kundeneinlagen und – ausleihungen, haben wir erneut Zuwächse verzeichnen können.

Die niedrigen Zinsen sind sowohl für uns als Bank als auch für unsere Mitglieder als Anleger eine zunehmende Belastung. Trotz der niedrigen Zinsen konnten wir im Einlagenbereich zum Stichtag einen Zuwachs von 0,9 % (4,2 Millionen Euro) erreichen. Dabei haben wir bewusst auf Einlagen von öffentlichen und gewerblichen Großanlegern verzichtet. Die Guthaben unserer Mitglieder haben wir nach kaufmännischem Ermessen verzinst. Dies zeigt sich u. a. in einem Anstieg der Spareinlagen um 3,2 % (6 Millionen Euro) auf 193,6 Millionen Euro.

Bei den Krediten konnten wir einen deutlichen Zuwachs auf 322,9 Millionen Euro verzeichnen. Der Bestand an Ausleihungen stieg um 5,8 % (17,8 Millionen Euro). Wir haben rund 82 Millionen Euro an Neukrediten vergeben. Der Anstieg lässt erkennen, dass wir auch 2015 für unsere Mitglieder und Kunden ein attraktiver Partner bei Finanzierungen waren. Bei unseren Verbundpartnern – überwiegend bei der Münchner Hypothekenbank eG – halten wir zusätzlich einen Bestand an langfristigen Finanzierungen i. H. v. 20,1 Millionen Euro. Um 8,6 Millionen Euro angestiegen ist das in Depots und bei unseren Verbundpartnern verwahrte Vermögen. Bei Allianz, R+V, Union Investment und Bausparkasse Schwäbisch Hall hatten unsere Mitglieder und Kunden zum Jahresende 264,3 Millionen Euro angelegt.

Erträge, Aufwendungen und Ergebnisverwendung

Das Betriebsergebnis lag mit 5,3 Millionen Euro um 490.000 Euro über dem Vorjahr. Trotz des bewussten Verzichts auf Kontoführungsgebühren konnten wir 2015 das Betriebsergebnis nochmals leicht steigern. Dies wird sich in den kommenden Jahren auf diesem Zinsniveau nicht fortsetzen können. Darum ist es wichtig, dass wir den Überschuss zur Bildung weiterer Rücklagen nutzen, um den in Zukunft strengeren Anforderungen an das Eigenkapital gerecht zu werden.

Unser Zinsergebnis lag mit 13,5 Millionen Euro über

dem Vorjahreswert von 13,0 Millionen Euro. Dazu hat eine Ausschüttung aus unserem Spezialfonds beigetragen. Für 2016 erwarten wir ein deutlich rückläufiges Zinsergebnis. In Folge der Senkung des Leitzinses zuletzt auf 0,00 % und der negativen Einlagen-Fazilität kam es zu einem weiteren Absinken der langfristigen Zinsen. Es ist damit unmöglich, die in der Vergangenheit erzielten Zinsüberschüsse auch in Zukunft zu erzielen. Wir werden deshalb in Zukunft mit niedrigeren Zinsergebnissen leben müssen.

Unserem Ziel, ab 2017 eine 100 %-ige Mitgliederbank zu sein, kamen wir auch im Jahr 2015 wieder ein Stück näher. Die Zahl der Mitglieder lag am Ende des Jahres bei 22.750. In 2015 traten 1.148 Mitglieder unserer Kreditgenossenschaft neu bei, was per Saldo einen Zuwachs von 601 Mitgliedern bedeutet.

Im Bereich der Dienstleistungserträge verzeichneten wir einen leichten Rückgang gegenüber dem Jahr 2014. Im klassischen Kundenprovisionsgeschäft – Fonds, Versicherungen und Zahlungsverkehrsgebühren – haben wir im vergangenen Jahr einen Überschuss von knapp über 2,7 Millionen Euro erwirtschaftet.

Im Jahr 2015 hatte unsere Genossenschaft ein positives außerordentliches Ergebnis zu verzeichnen. So konnten wir im Forderungs- und Wertpapierbereich erfreuliche Ergebnisse erzielen. Aus dem bereinigten Ergebnis können wir unsere Rücklagen nach anfallender Steuer weiter stärken. Wir werden, die Genehmigung des Jahresabschlusses durch die Vertreterversammlung vorausgesetzt, 3,0 Millionen Euro unseren Rücklagen zuführen. 2,0 Millionen Euro gehen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB. Weitere 1,0 Million Euro werden als Vorsorgereserven nach § 340f HGB für das Kreditgeschäft gebildet.

Vom Bilanzgewinn von 589.000 Euro schlagen wir der Vertreterversammlung eine 5 %-ige Dividendenzahlungen an alle Mitglieder vor. Außerdem soll erneut der Beteiligungsfonds der Mitglieder aufgestockt werden. Der verbleibende Überschuss wird – wie in der Vergangenheit – den weiteren Rücklagen zugeführt. Unsere Mitglieder können sich zusätzlich über Bonuszahlungen in Höhe von 434.000 Euro freuen.

Alles in allem ist dies eine gesunde Basis. In Zukunft machen es die niedrigen Zinsen und die strengen gesetzlichen und organisatorischen Anforderungen für uns als genossenschaftliche Bank deutlich schwerer, Überschüsse zu erzielen. Vor allem rechnen wir in den

Bericht des Vorstandes

kommenden Jahren mit deutlich zurückgehenden Zinsüberschüssen. Eingeleitete Veränderungen, wie die Zentralisierung unserer Finanzberatung, sind Teil einer Strategie zur nachhaltigen Kostensenkung. Wir werden notwendige Veränderungen angehen, ohne gegen die mehrheitlichen Mitgliederinteressen zu handeln. Bis zum Jahr 2020 schließen wir deshalb definitiv keine Geschäftsstellen.

Der Weg zur Digitalisierung

Wir hören, sehen und lesen beinahe täglich über die Veränderungen in der Finanzbranche, über Regulierung, Nullzinspolitik der EZB und Digitalisierung. Wir wollen gemeinsam mit unseren Mitgliedern Schritt für Schritt den Weg in die weitere Digitalisierung gehen – ohne zu vergessen, wo wir herkommen. Wir müssen im Sinne aller Mitglieder mit Blick auf die Zukunft bei sinkenden Einnahmen und steigenden Anforderungen die Kosten im Auge behalten. Wir sehen die Digitalisierung als Unterstützung, vor allem im Zahlungsverkehr. Wir verbessern kontinuierlich unseren Internetauftritt. Unser Ziel ist es, dass unsere Mitglieder dann von der Digitalisierung ihrer Bankgeschäfte über das Internet profitieren, wenn es ohnehin in ihren Alltag Einzug gehalten hat. Wer den Filialbesuch bevorzugt, kann dies auch in Zukunft tun. Im Zeichen der Digitalisierung steht auch die Verbesserung unserer Bargeld-Dienstleistungen. Wir haben beschlossen, dass zukünftig jede unserer Geschäftsstellen über einen Geldautomaten mit Einzahlungsfunktion verfügen wird. Durch diese Maßnahme wird unseren Mitgliedern in Zeiten eingeschränkter Öffnungszeiten die Möglichkeit eingeräumt, ihren täglichen Bargeldverkehr mit Geldscheinen vollständig automatisiert abzuwickeln.

Zentralisierung in der Beratung

Aufgrund der andauernden Niedrigzinsphase haben wir Ende 2014 – unter der Überschrift Mitgliederbank 2020 – eine Umstrukturierung in unserer Bank begonnen. Ziel dieser Maßnahme ist es, unseren Mitgliedern eine qualitativ hochwertige Beratung zu gewährleisten und gleichzeitig betriebswirtschaftlichen Notwendig-

keiten Rechnung zu tragen. Im April 2015 ist dieses Vorhaben dann auch räumlich umgesetzt worden. Die Rückmeldungen unserer Mitglieder zeigen überwiegend positive Erfahrungen mit der Veränderung. Spezialisten in den Bereichen Baufinanzierung, Altersvorsorge sowie Anlage- und Wertpapierberatung stehen unseren Kunden in der Hauptstelle auch in den Abendstunden für Beratungstermine zur Verfügung.

Durch stetig steigende Spezialisierung und Vorschriften in den einzelnen Bereichen ist es aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht mehr möglich, alle Berater für mögliche Anliegen der Mitglieder auf dem notwendigen Wissensstand zu halten. Um alle Bereiche abzudecken, haben wir Generalisten vor Ort, die von zentralen Spezialisten unterstützt werden.

Durch den Erwerb eines Grundstücks in der Rosenstraße in Kitzingen schaffen wir für unsere Mitglieder in diesem Jahr – wie versprochen – die Möglichkeit, bei Beratungsterminen in unmittelbarer Nähe der Bank kostenfrei zu parken.

Danke

Das stetige Wachstum unserer Kreditgenossenschaft ist ohne den Einsatz und die Flexibilität unserer 122 Mitarbeiter nicht denkbar. Darum gilt unser Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das Engagement im vorangegangenen Jahr.

Unserem Betriebsrat sowie Frau Edelgard Pieper-Pavel, Frau Gudrun Schröder und den Herren des Aufsichtsrates danken wir für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Jahr 2015.

Vor allem aber danken wir allen Mitgliedern, die uns ihr Vertrauen schenken, notwendige Veränderungen mittragen und mit unserer Kreditgenossenschaft zusammenarbeiten.


Roland Köppel


Peter Siegel

Bericht des Aufsichtsrates

Das Jahr 2015 stand für unsere Kreditgenossenschaft im Zeichen der Umstrukturierung. Mitarbeiter und Vorstand haben mit viel Einsatz die neue Struktur mit Service vor Ort in den Geschäftsstellen und Finanzplanung zentral in unserer Hauptstelle umgesetzt. Die betriebswirtschaftlichen Ziele haben wir erreicht. Alle Bereiche unserer Bank haben hierzu beigetragen. Wir begleiten den Vorstand eng auf dem Weg zur **Mitgliederbank 2020**, die wir im letzten Jahr gemeinsam verabschiedet haben. Die Äußerungen der Mitglieder zu den bisherigen Veränderungen zeigen, dass der Weg der richtige ist.

Der Aufsichtsrat der VR Bank Kitzingen eG befasste sich im Berichtsjahr ausführlich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Genossenschaft. Außerdem hat sich der Aufsichtsrat laufend über die Strategie, die Planung und das Risikomanagement der Bank informiert und war so in die Weiterentwicklung des Unternehmens eingebunden. Wir haben uns über die Aktivitäten des Vorstandes laufend informiert und haben ihn bei der Leitung des Unternehmens beratend begleitet. Die Berichterstattung des Vorstandes an den Aufsichtsrat erfolgte in regelmäßigen Abständen zeitnah, schriftlich und mündlich, in acht Sitzungen des Gesamtaufichtsrates sowie zwölf Ausschuss-Sitzungen. Dabei wurde über die Geschäftspolitik, die wirtschaftliche Situation und weitere wichtige Angelegenheiten der Führung und Entwicklung des Unternehmens beraten. Dazu zählten insbesondere die Ertragslage, das Risikomanagement und alle weiteren wichtigen Geschäftsvorgänge von zentraler Bedeutung.

Der Aufsichtsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse waren in alle Entscheidungen von besonderer Bedeutung eingebunden. Darüber hinaus standen die Aufsichtsratsvorsitzende und die Vorsitzenden der Ausschüsse auch außerhalb der ordentlichen Sitzungen in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand. Geschäfte, zu denen die Zustimmung des Aufsichtsrates erforderlich war, wurden ausführlich geprüft und mit dem Vorstand behandelt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses wurden vom Aufsichtsrat geprüft und für in Ordnung befunden. Er befürwortet den Vorschlag des Vorstands zur Gewinnverwendung. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung. Ebenso gilt dies für die Prüfung von Jahresabschluss und Lagebericht durch den Genossenschaftsverband Bayern. In einer gemeinsamen Sitzung wurde das Prüfungsergebnis gemäß § 58 Genossenschaftsgesetz ausführlich erörtert.

Im letzten Jahr wurde unser Gremium nach dem Ausscheiden von Herrn Erhard Müller durch die Hinzuwahl von Gudrun Schröder und Roland Nagel ergänzt. Beide haben die nach KWG geforderten Fortbildungsmaßnahmen für Aufsichtsräte von Kreditgenossenschaften besucht.

Mit der Vertreterversammlung am 03. Mai 2016 endet satzungsgemäß die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder **Prof. Dr. Leonhard Knoll** und **Josef Scheller**. Die Wiederwahl von Prof. Dr. Leonhard Knoll ist zulässig. Der Aufsichtsrat schlägt der Vertreterversammlung die Wiederwahl vor. Josef Scheller scheidet nach mehr als 30 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit im Aufsichtsrat aus. Er wurde 1983 in den Aufsichtsrat der damaligen Raiffeisenbank Dettelbach eG gewählt und hat in dieser Funktion die Fusion mit der Volksbank Raiffeisenbank Kitzingen eG 1999 zur heutigen VR Bank Kitzingen eG mit großem Engagement begleitet. Wir danken ihm für seinen Einsatz und die kollegiale Zusammenarbeit in den zurückliegenden Jahren.

Zum Ende des Jahres haben wir uns intensiv mit der Nachfolgeregelung für unser Vorstandsmitglied Peter Siegel beschäftigt. Herr Siegel wird im Mai 2017 nach über 15 Jahren Vorstandstätigkeit für unsere Bank in die passive Phase der Altersteilzeit eintreten. Um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten und einem Nachfolger die notwendige Einarbeitung zu ermöglichen, war es dem Aufsichtsrat wichtig, diese Personale frühzeitig zu regeln. Zum 1. Mai 2017 wird unser Prokurist Thomas Hemrich die Nachfolge von Herrn Peter Siegel antreten. Wir setzen uns als Aufsichtsrat gemeinsam mit dem Vorstand und den Mitarbeitern dafür ein, den eingeschlagenen Weg der Mitgliederförderung im Sinne aller Mitglieder auch in Zukunft fortzusetzen. Herr Hemrich hat seine fachliche Eignung dazu in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt. Wir halten ihn deshalb für den geeigneten Kandidaten für den Vorstand unserer Bank. Gemeinsam mit ihm und seinem Vorstandskollegen Roland Köppel werden wir unsere Ziele in der **Mitgliederbank 2020** weiter verfolgen.

Wir wissen, dass Jahre, in denen grundlegende Veränderungen stattfinden, von allen Beteiligten viel fordern. Darum an dieser Stelle der ausdrückliche Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



Edelgard Pieper-Pavel
Aufsichtsratsvorsitzende

Vorstellung

Mein Name ist Thomas Hemrich. Ich bin 39 Jahre alt. Mit meiner Frau und unseren beiden Töchtern (6 Jahre alt und 7 Monate alt) lebe ich in Oberaltertheim im Landkreis Würzburg.

Seit meiner Ausbildung bei der Raiffeisenbank Altertheim eG bin ich mit der genossenschaftlichen Organisation verbunden. In dieser kleinen Bank mit Warenlager konnte ich einen umfassenden Einblick in alle Bankgeschäfte gewinnen und betreute vertretungsweise das Warenlager.

Nach der Zeit war mir klar, dass ich Verantwortung in einer genossenschaftlichen Bank übernehmen möchte. Ich entschied mich, nach meinem Zivildienst über den zweiten Bildungsweg ein Studium zu beginnen.

Während meines Studiums wurde ich durch eine Stellenausschreibung, in der ein Vorstandsassistent gesucht wurde, auf unsere VR Bank Kitzingen eG aufmerksam.

Im Vorstellungsgespräch mit Herrn Köppel und Herrn Siegel vereinbarten wir, dass ich mein Studium fortsetze

und mein praktisches Studiensemester in unserer Bank absolviere. Das war eine gute Zeit zum gegenseitigen Kennenlernen. Während des Praktikums zeichnete sich bereits ab, dass ich zum 1. Januar 2004 die Nachfolge der Leitung Rechnungswesen übernehmen konnte. Parallel zu meiner Vollzeittätigkeit als Leiter Rechnungswesen schloss ich im März 2005 mein betriebswirtschaftliches Studium an der Fachhochschule Würzburg ab.

Ab dem 1. Mai 2008 übernahm ich zusätzlich die Verantwortung als Bereichsleiter für die Bereiche Kreditentwicklung/Sanierung und Marktfolge Passiv sowie die Vertretung für den Bereich Marktfolge Aktiv. In dieser Funktion wurde ich zum 1. Januar 2010 zum Prokuristen bestellt. Seit April 2011 verantworte ich die Bereiche Personal, Rechnungswesen sowie Sanierung und Abwicklung.

Meiner Heimatverbundenheit schreibe ich zu, dass ich mich in der genossenschaftlichen Organisation so wohl fühle. Unterstützt durch dieses gute Gefühl freue ich mich auf meine neue Aufgabe als Vorstand in der VR Bank Kitzingen eG.



Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015

Aktivseite	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			<u>5.030.878,64</u>		5.605
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			<u>651.252,04</u>		93
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	<u>651.252,04</u>				(93)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	<u>5.682.130,68</u>	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-		-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			<u>1.081.046,28</u>		232
b) andere Forderungen			<u>55.794.082,35</u>	<u>56.875.128,63</u>	65.836
4. Forderungen an Kunden				<u>322.867.706,32</u>	305.086
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	<u>183.822.561,77</u>				(167.737)
Kommunalkredite	<u>6.877.923,51</u>				(6.967)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		<u>24.842.686,46</u>			19.915
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>23.831.504,05</u>				(19.816)
bb) von anderen Emittenten		<u>172.597.748,25</u>	<u>197.440.434,71</u>		177.854
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>163.753.405,11</u>				(170.492)
c) eigene Schuldverschreibungen				<u>197.440.434,71</u>	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				<u>66.073.893,75</u>	66.108
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			<u>9.374.266,17</u>		9.374
darunter: an Kreditinstituten	<u>395.000,00</u>				(395)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			<u>1.446.400,00</u>	<u>10.820.666,17</u>	746
darunter: bei Kreditgenossenschaften	<u>1.400.000,00</u>				(700)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					25
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				<u>250.482,39</u>	256
darunter: Treuhandkredite	<u>250.482,39</u>				(256)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte					
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			<u>9.662,00</u>		20
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		133
d) Geleistete Anzahlungen			-	<u>9.662,00</u>	-
12. Sachanlagen				<u>7.693.349,49</u>	8.088
13. Sonstige Vermögensgegenstände				<u>975.719,28</u>	1.321
14. Rechnungsabgrenzungsposten				<u>1.163.200,58</u>	1.367
Summe der Aktiva				<u>669.852.374,00</u>	662.059

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015

Passivseite	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			<u>2.129.356,64</u>		<u>8.381</u>
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>99.942.757,47</u>	<u>102.072.114,11</u>	<u>92.501</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		<u>172.300.508,53</u>			<u>165.526</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>21.329.569,13</u>	<u>193.630.077,66</u>		<u>22.082</u>
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		<u>306.880.884,22</u>			<u>308.281</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.630.055,94</u>	<u>308.510.940,16</u>	<u>502.141.017,82</u>	<u>2.019</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			<u>43.459,77</u>		<u>43</u>
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				<u>43.459,77</u>	-
darunter: Geldmarktpapiere					(-)
eigene Akzepte und Solawechsel					(-)
im Umlauf					(-)
4. Treuhandverbindlichkeiten				<u>250.482,39</u>	<u>256</u>
darunter: Treuhandkredite	<u>250.482,39</u>				<u>(256)</u>
5. Sonstige Verbindlichkeiten				<u>633.278,54</u>	<u>1.683</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten				<u>330.179,17</u>	<u>176</u>
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			<u>969.150,00</u>		<u>943</u>
b) Steuerrückstellungen			<u>778.155,56</u>		<u>1.068</u>
c) andere Rückstellungen			<u>4.052.457,93</u>	<u>5.799.763,49</u>	<u>3.802</u>
8.					
9. Nachrangige Verbindlichkeiten					
10. Genussrechtskapital				<u>2.745.000,00</u>	<u>2.778</u>
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	<u>2.745.000,00</u>				<u>(135)</u>
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>23.000.000,00</u>	<u>21.000</u>
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB					(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			<u>14.505.085,47</u>		<u>13.667</u>
b) Kapitalrücklage			<u>3.855.289,06</u>		<u>3.855</u>
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		<u>6.950.000,00</u>			<u>6.850</u>
cb) andere Ergebnisrücklagen		<u>6.346.849,23</u>			<u>5.775</u>
cc) Rücklagen § 73 (3) GenG		<u>591.175,00</u>	<u>13.888.024,23</u>		<u>502</u>
d) Bilanzgewinn			<u>588.679,95</u>	<u>32.837.078,71</u>	<u>871</u>
Summe der Passiva				<u>669.852.374,00</u>	<u>662.059</u>
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			<u>34.801.350,73</u>		<u>23.197</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				<u>34.801.350,73</u>	
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften					
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>13.553.653,73</u>	<u>13.553.653,73</u>	<u>10.143</u>
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften					(-)

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		<u>11.670.255,97</u>			12.452
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>3.770.740,36</u>	<u>15.440.996,33</u>		4.499
2. Zinsaufwendungen			<u>-3.537.260,73</u>	<u>11.903.735,60</u>	-5.332
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>-13.600,00</u>				(-)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			<u>1.111.167,29</u>		584
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			<u>197.680,06</u>		143
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	<u>1.308.847,35</u>	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			<u>3.051.430,04</u>		3.083
6. Provisionsaufwendungen			<u>-336.906,57</u>	<u>2.714.523,47</u>	-288
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				<u>277.111,77</u>	1.002
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		<u>-5.473.731,75</u>			-5.632
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>-1.218.540,60</u>	<u>-6.692.272,35</u>		-1.223
darunter: für Altersversorgung	<u>-284.047,54</u>				(-252)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>-3.644.146,88</u>	<u>-10.336.419,23</u>	-3.623
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				<u>-769.673,28</u>	-709
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				<u>-520.609,00</u>	-200
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		<u>-110.721,00</u>			(-138)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				-	-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>740.610,78</u>	<u>740.610,78</u>	1.533
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			<u>-536.717,94</u>		-346
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				<u>-536.717,94</u>	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				<u>4.781.409,52</u>	5.943
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen				-	-
22. Außerordentliches Ergebnis				-	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			<u>-2.167.049,97</u>		-2.053
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			<u>-25.679,60</u>	<u>-2.192.729,57</u>	-19
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>-2.000.000,00</u>	-3.000
25. Jahresüberschuss				<u>588.679,95</u>	871
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				<u>588.679,95</u>	871
27. Entnahmen aus Ergebnismrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage				-	-
b) aus anderen Ergebnismrücklagen				-	-
				<u>588.679,95</u>	871
28. Einstellungen in Ergebnismrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage				-	-
b) in andere Ergebnismrücklagen				-	-
29. Bilanzgewinn				<u>588.679,95</u>	871

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

I. Grundlagen der Bank

Unsere Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der bayerischen Kreditgenossenschaften

Die deutsche Wirtschaft setzte ihren Expansionskurs in einem moderaten Tempo fort. Getragen wurde der Aufschwung vom privaten Konsum. Dieser profitierte von steigender Beschäftigung und höheren Reallöhnen. Ebenso nahm die staatliche Nachfrage zu, auch aufgrund der Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration. Die Exporte legten ungeachtet der Verlangsamung der Weltkonjunktur deutlich zu. Damit einher ging ein weiterer Anstieg des Leistungsbilanzüberschusses auf nun knapp 9 % der Wirtschaftsleistung. In der Summe stieg die deutsche Wirtschaftsleistung um 1,7 %.

Weitere geldpolitische Lockerungsschritte der Europäischen Zentralbank (EZB) drückten die Zinssätze am Geldmarkt: Unter anderem rutschte der Dreimonats-Euribor, welcher zu Jahresbeginn 2015 noch oberhalb der Null-Prozent-Marke lag, in den negativen Bereich. Der Einlagensatz wurde von der EZB nochmals um 10 Basispunkte auf -0,30 % gesenkt. Dementsprechend müssen Geschäftsbanken für die Anlage überschüssiger Liquidität bei der Zentralbank noch höhere Zinsen als Aufbewahrungsgebühr bezahlen.

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken verzeichneten ein erfolgreiches Jahr 2015. Das Geschäft mit Firmen- und Privatkunden konnten sie deutlich ausweiten. Trotz der Belastungen durch die anhaltende Niedrigzinsphase sowie intensive Regulierung erzielten die Kreditgenossenschaften auskömmliche Erträge und stärkten damit ihr Eigenkapital. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken im Freistaat verfügen über ein tragfähiges und robustes Geschäftsmodell.

Die Kreditgenossenschaften wuchsen in Bayern – mit einer um 4,1 % auf 146,8 Milliarden Euro gestiegenen Bilanzsumme – kräftiger als in den letzten fünf Jahren. Im Kreditgeschäft expandierten sie mit einem Plus von 5,0 % deutlich stärker als der Gesamtmarkt. Finanziert wurde dieses Wachstum mühelos durch Kundeneinlagen, welche um 4,7 % anstiegen. In Anbetracht des niedrigen Marktzinsniveaus konzentrierten sich die Zuflüsse auf liquide Anlageformen.

Im Zinsgeschäft ging das Ergebnis der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern um 1,4 % auf 3,2 Milliarden Euro zurück. Höher verzinsten Kredite und Wertpapiere aus den Beständen der Banken liefen aus, Neuanlagen bringen vielfach geringere Erträge. Gleichzeitig sanken die Refinanzierungskosten der Kreditinstitute. Zusätzliche Erträge konnten durch die Ausweitung des Kreditgeschäfts erwirtschaftet werden. Beides allerdings glich die durch das niedrige Zinsniveau bedingten Ertragseinbußen nicht vollständig aus. Die Zinsspanne sank somit um 11 Basispunkte auf 2,23 % der durchschnittlichen Bilanzsumme (dBS). Das Provisionsergebnis aus der Vermittlung von Wertpapieren oder der Durchführung des Zahlungsverkehrs dagegen erhöhte sich um 6,7 % auf 929 Millionen Euro. Dementsprechend stieg die Provisionsspanne leicht um 2 Basispunkte auf 0,65 % der dBS. In Folge wachsender Regulierungsanforderungen, der Anhebung der Tarifgehälter sowie der erstmaligen Abführung der europäische Bankenabgabe in Höhe von insgesamt rund 7 Millionen Euro nahmen die Betriebskosten um 2,3 % zu.

Unter dem Strich betrug das bereinigte Ergebnis vor Steuern rund 1,3 Milliarden Euro. Einen wesentlichen Teil der Gewinne verwenden die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken wieder zur Stärkung ihrer Kapitalbasis. Ende 2015 verfügten sie über eine komfortable Kernkapitalquote von 14,3 % (2014: 13,4 %). Neben der guten Eigenkapitalausstattung trägt auch die um 1,7 % gestiegene Mitgliederzahl zur Stabilität der Genossenschaftsbanken bei. Mittlerweile sind 2,7 Millionen Menschen in Bayern am Erfolg ihrer Volksbank oder Raiffeisenbank beteiligt. Die Beliebtheit der Kreditgenossenschaften ist also ungebrochen.

2. Geschäftsverlauf der VR Bank Kitzingen eG

Die Geschäftsentwicklung verlief im Geschäftsjahr 2015 erfolgreich und übertraf die Erwartungen hinsichtlich des Kreditgeschäfts. Im Einlagengeschäft war der Zuwachs eher überschaubar. Im Einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

Geschäftsvolumen	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Bilanzsumme	669.852	662.059	7.793	1,2
Außerbilanzielle Geschäfte	48.355	33.341	15.014	45,0

Die Bilanzsumme lag rund 8 Millionen EUR höher als im Vorjahr. Ein deutlicher Zuwachs ist im außerbilanziellen Geschäft zu verzeichnen, der im Wesentlichen aus dem Abschluss neuer Credit Default Swaps (Kreditausfallswaps) in Höhe von 11.000 TEUR resultiert. Außerdem bestehen Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen in Höhe von 5.801 TEUR und andere Verpflichtungen in Höhe von 13.554 TEUR.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Kundenforderungen	322.868	305.086	17.782	5,8
Wertpapiere	263.514	263.877	-363	-0,1
Forderungen an Kreditinstitute	56.875	66.068	-9.193	-13,9

Die Entwicklung des Kreditgeschäftes verlief zufriedenstellend. Ebenso wie im Vorjahr konnte ein Zuwachs erzielt werden. Ein Großteil ist dabei auf Kredite an Firmen in Form von direkter Darlehensgewährung oder Beteiligung an Schuldscheindarlehen zurückzuführen. Auch der Bestand der Wohnungsbaufinanzierungen konnte ausgebaut werden. Die Kundenforderungen im Verhältnis zur Bilanzsumme sind weiter angestiegen. Aufgrund fälliger Anlagen sind die Forderungen an Kreditinstitute gesunken.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	102.072	100.882	1.190	1,2
Spareinlagen von Kunden	193.630	187.608	6.022	3,2
andere Einlagen von Kunden	308.511	310.300	-1.789	-0,6
verbriefte Verbindlichkeiten	43	43	-	-

In der Struktur der Passivseite sind im Berichtsjahr keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Die Kundengelder erhöhten sich um 4.233 TEUR, was knapp unter den Planwerten liegt. Dabei wurden verstärkt traditionelle Spareinlagen nachgefragt.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	609	588	21	3,6
andere Vermittlungserträge	1.102	1.352	-250	-18,5
Erträge aus Zahlungsverkehr	1.054	1.009	45	4,5

Die Entwicklung des Dienstleistungsgeschäftes verlief nicht ganz zufriedenstellend. Die Ertragsminderung bei der Vermittlung von Bausparverträgen und Versicherungen konnte durch den Zuwachs bei Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften sowie Zahlungsverkehr nicht ausgeglichen werden.

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen betragen im Berichtsjahr 514 TEUR; für Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden 231 TEUR investiert, für EDV Ausstattung 183 TEUR.

Lagebericht (Auszug)

Personal- und Sozialbereich

Über die personelle Besetzung geben folgende Zahlen Aufschluss:

- 122 Beschäftigte insgesamt
- davon 46 Teilzeitbeschäftigte
- davon 15 Auszubildende

Der Personalstand wurde im Geschäftsjahr aufgrund allgemeiner Fluktuation leicht reduziert. Die betrieblichen Sozialleistungen der Bank bewegen sich im üblichen Rahmen. Es bestehen Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung. Die Mitarbeiter werden überwiegend nach den tariflichen Vereinbarungen entlohnt. Die Aus- und Fortbildung erfolgt auf der Grundlage einer Personalentwicklungsplanung. Um den erhöhten Anforderungen gerecht zu werden, wird von den externen Fortbildungsmöglichkeiten rege Gebrauch gemacht. Darüber hinaus führen wir regelmäßig interne Schulungsmaßnahmen durch.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Entwicklung des Kundenstammes

Unserem in der Satzung festgelegten Ziel, ab 2017 das Bankgeschäft zu 100 % mit Mitgliedern unserer Genossenschaft zu führen, sind wir deutlich näher gekommen: 1.148 Menschen entschieden sich, Mitglied der VR Bank Kitzingen eG zu werden, insgesamt zählen wir damit am Jahresende 2015 22.750 Mitglieder.

Gesellschaftliche Reputation

Wir fördern ansässige Organisationen in sportlichen, kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen, ökologischen oder ähnlich bedeutsamen gesellschaftspolitischen Bereichen. Unser Unternehmensleitbild (Corporate Identity) ist ausgerichtet auf die Förderung unserer Mitglieder.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr war durch keine außergewöhnlichen Vorgänge gekennzeichnet.

III. Darstellung der Lage der VR Bank Kitzingen eG

1. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Zinsüberschuss ¹	11.904	11.619	285	2,5
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1.111	584	527	90,2
Provisionsüberschuss ²	2.715	2.795	-80	-2,9
Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwendungen	6.692	6.855	-163	-2,4
b) andere Verwaltungsaufwendungen	3.644	3.623	21	0,6
Bewertungsergebnis ³	204	1.187	-983	-82,8
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	4.781	5.943	-1.162	-19,6
Steueraufwand	2.193	2.072	121	5,8
Jahresüberschuss	589	871	-282	-32,4

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2. • 2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6. • 3) GuV-Posten 13-16

Wesentliche Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr haben sich insbesondere bei den folgenden Posten ergeben. Die Erhöhung der laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren resultiert daraus, dass die ordentlichen Erträge aus dem Spezialfonds – im Gegensatz zum letzten Jahr – in voller Höhe ausgeschüttet wurden. Das Bewertungsergebnis fiel aufgrund höherer Kursverluste und Abschreibungen deutlich geringer aus. Ein Einmaleffekt ergab sich hier aus der Abschreibung von Wertpapieren des Anlagevermögens, die im Geschäftsjahr über pari erworben wurden, auf den Nennwert.

Die Aufwands-/Ertragsrelation (Cost-Income-Ratio – CIR) konnte von 69,6 % auf 67,0 % etwas verbessert werden. Der Jahresüberschuss ist – auch im Vergleich mit anderen bayerischen Genossenschaften ähnlicher Größenordnung – als zufriedenstellend zu bezeichnen. Er ermöglicht eine angemessene Erhöhung des bilanziellen Eigenkapitals. Die Entwicklung der Ertragslage entsprach den Erwartungen.

2. Finanz- und Liquiditätslage

Von den Verwerfungen an den Interbank- und Kapitalmärkten ist unsere Genossenschaft in ihrer Finanz- und Liquiditätslage – auch aufgrund der Zugehörigkeit zum genossenschaftlichen Finanzverbund und den damit zusammenhängenden Refinanzierungsmöglichkeiten – nicht betroffen. Es zeigt sich vielmehr die vom Interbankengeschäft weitgehend unabhängige Refinanzierungsstruktur, welche überwiegend aus den Geschäftsbeziehungen mit den Privat- und Firmenkunden resultiert. Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr aus, um die aufsichtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der Liquiditätsverordnung sowie der CRR) zu erfüllen und bieten ausreichend Freiraum für die Ausweitung des Bankgeschäfts im Rahmen der strategischen Planung. Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist auch in den folgenden Jahren nicht zu rechnen.

3. Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Gezeichnetes Kapital	14.505	13.667	838	6,1
Rücklagen	17.743	16.983	760	4,5

Die Bank verfügt über eine solide Eigenkapitalausstattung. Sie entspricht den Anforderungen und erlaubt darüber hinaus ein stetiges Geschäftswachstum in den nächsten Jahren. Durch Gewinnthesaurierung und Ausbau der Geschäftsguthaben unserer Mitglieder konnte das Eigenkapital weiter gestärkt werden. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 23.000 TEUR (Vorjahr 21.000 TEUR). Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme konnte von 8,34 % auf 8,72 % verbessert werden.

Die Kernkapitalquote (seit 2014) [Übergangsregelung nach Art. 465 CRR] beläuft sich auf 18,15 % und konnte gegenüber dem Vorjahr weiter gesteigert werden. Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) liegt bei 0,09 %. Unter Berücksichtigung der Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken würde sich eine Kapitalrendite von 0,39 % ergeben.

Wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen (Aktiva 4) an der Bilanzsumme beträgt 48,20 % und liegt etwas höher als im Vorjahr. Die Größenklassengliederung ist ausgewogen. Akute Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen abgesichert. Zur Abdeckung latenter Risiken steht genügend Deckungsmasse zur Verfügung. Die Kreditgrenzen nach dem KWG bzw. CRR sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Lagebericht (Auszug)

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Anlagevermögen	11.105	2.568	8.537	332,4
Liquiditätsreserve	252.409	261.309	-8.900	-3,4

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 39,34 % an der Bilanzsumme. Bei den festverzinslichen Anlagen handelt es sich überwiegend um EUR-Anleihen von Emittenten innerhalb der EWU mit erstklassigem Rating. Es befindet sich keine Anleihe auf fremde Währung im Bestand.

Bei den nicht festverzinslichen Wertpapieren handelt es sich in Höhe von 64.000 TEUR um einen im Jahr 2011 aufgelegten Spezialfonds, in Höhe von 1.074 TEUR um einen Genussschein der DZ Bank AG sowie um weitere Investmentanteile in Höhe von 1.000 TEUR.

Komplex strukturierte Finanzinstrumente sind nicht im Bestand. Sämtliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Im Anlagevermögen sind Wertpapiere in Höhe von 6.000 TEUR enthalten, die im Jahr 2015 zu 535 TEUR über pari erworben wurden. Der über pari Betrag wurde im Geschäftsjahr in voller Höhe abgeschrieben. Darüber hinaus ergaben sich Kursreserven zum Bilanzstichtag. Kurswertrisiken werden im Rahmen einer risikoorientierten Anlagepolitik nur in begrenztem Umfang zugelassen. Sie werden permanent im Rahmen der bankinternen Grundsätze überwacht.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) wurden Zinsderivate in einem Umfang von 80.000 TEUR eingesetzt. Diese Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen. Außerdem bestanden Kreditderivate in Höhe von 29.000 TEUR.

4. Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Die Geschäftsentwicklung der VR Bank Kitzingen eG verlief insgesamt günstig und entsprach – mit Ausnahme der oben erläuterten Abweichungen – den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Unsere Bank verfügt über eine solide Finanz- und Vermögenslage. Die Ertragslage ist ausreichend. Die Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität wurden jederzeit eingehalten.

IV. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht)

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

V. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

1. Risikomanagementsystem

Das Risikomanagement ist für uns eine zentrale Aufgabe und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise auch über den Bilanzstichtag hinaus darzustellen. Die Identifikation, Quantifizierung, Limitierung und Überwachung der Risiken sowie die Ableitung von Handlungsvorschlägen für den Vorstand, erfolgt durch das Risikocontrolling als unabhängige Risikoüberwachungseinheit. Die Ausgestaltung des Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategien, die regelmäßig überprüft werden. In unserer Unternehmenskonzeption haben wir uns als regional tätige Kreditgenossenschaft auf die Bedarfssituation unserer Mitglieder ausgerichtet und daraus eine langfristige Unternehmensplanung entwickelt, die eine dauerhafte Begleitung unserer Mitglieder in allen Fragen der Finanzierung

und Vermögensanlage sicherstellt. Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken gehören zu den Kernfunktionen der Bank. Dabei gehen wir nur Risiken ein, die im Rahmen unserer Risikotragfähigkeit liegen. Die Bank verfügt über ein angemessenes System zur Risikoidentifikation, -bewertung, -steuerung und -überwachung, welches in die Gesamtbankplanung und Gesamtbanksteuerung integriert und im Risikohandbuch dokumentiert ist. Die angewandten Methoden und Verfahren zur Risikomessung und -steuerung sowie die ihnen zugrunde liegenden Parameter werden kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig den Anforderungen der Bank und den aktuellen Marktgegebenheiten angepasst.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken und legen die für uns wesentlichen Risiken fest. Im Rahmen der Risikobeurteilung erfolgt die Einstufung der Risikoarten in die Kategorien „wesentliches Risiko“ bzw. „unwesentliches Risiko“ sowie „keine Bedeutung“, „mittlere Bedeutung“ und „hohe Bedeutung“. Für die als wesentlich eingestuften Risikoarten werden entsprechende Risikostrategien entwickelt. Die Risikoquantifizierung erfolgt anhand des GuV-orientierten Konzepts, unterstützend mit einem barwertigen Konzept. Die Ergebnisse der Risikoidentifizierung und -bewertung werden im Risikohandbuch dokumentiert.

Die identifizierten Risiken werden, abhängig von der Bedeutung für die Bank, in geeigneter Weise laufend überwacht und gesteuert. Unsere Risikosteuerung zielt nicht auf die vollständige Risikovermeidung sondern vielmehr auf eine zielkonforme und systematische Risikohandhabung ab. Grundlage der Risikosteuerung sind unsere im Rahmen der strategischen Unternehmensplanung festgelegten Geschäfts- und Risikostrategien, die hieraus abgeleiteten operativen Zielgrößen sowie die Risikotragfähigkeit der Bank.

Unser GuV-orientiertes Risikotragfähigkeitskonzept knüpft an Jahresabschlussgrößen an. Im Einzelnen werden folgende Zielgrößen geplant: bilanzwirksame Wachstumsziele, Aufwands- und Ertragsziele. Vorgenannte Ziele werden kontinuierlich im Rahmen des Soll-/ Ist-Vergleichs mittels Bilanz-, Wachstums-, Markt- und Branchenanalysen, Ergebnisvorschaurechnung, Szenariotechniken und Auslastung vorgegebener Risikobudgets überwacht. Basierend auf der Risikodeckungsmasse aus dem Ergebnis und der Substanz nach Abzug eines Risikopuffers wird zum Jahresbeginn für das gesamte Geschäftsjahr das Gesamtbanklimit bestimmt und auf die einzelnen Risikoarten unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung der Bank, der Erwartungen für die Zukunft und Risikokonzentrationen allokiert. Bei dieser Jahresbetrachtung gehen wir von unserem erwarteten Steuerungs- und Planszenario aus. Die Risiken werden in sogenannten Risikoszenarien monatlich gemessen und dem Limitsystem gegenübergestellt. Dabei kommen je nach Risikoart unterschiedliche Messverfahren zur Anwendung (z.B. CVaR, Szenarioanalysen oder Expertenschätzungen).

Es werden anerkannte EDV-Instrumente und -verfahren eingesetzt, die den gesetzlichen sowie bankinternen Grundsätzen entsprechen. Auf dieser Basis wird dann die Limitauslastung ermittelt. Eine Limitauslastung zieht je nach Größenordnung unterschiedliche Maßnahmen nach sich. So werden beispielsweise bei einer zu hohen Limitauslastung die Ursachen analysiert und ggf. Maßnahmen zur Risikoreduzierung bzw. zur Limiterhöhung eingeleitet. Zusätzlich zur Betrachtung des aktuellen Geschäftsjahres wird eine Betrachtung der Risikotragfähigkeit rollierend auf 12 Monate durchgeführt. Die Ermittlung einer barwertigen Risikotragfähigkeit findet ergänzend zur GuV-orientierten Ermittlung der Risikodeckungsmasse statt. Die Ermittlung der barwertigen Risikotragfähigkeit erfolgt in den Schritten Reinvermögen, Vermögenszuwachs, Puffer und Risiko. Zur Steuerung von Risikokonzentrationen finden weitere Limitsysteme auf Ebene der Einzeladresse oder auf Portfolioebene (Strukturlimite) Anwendung.

Aufbauend auf den Ergebnissen unserer Risikoinventur haben wir Stresstests entwickelt, die Risikofaktoren, Risikokonzentrationen und Diversifikationseffekte berücksichtigen. Die Stresstests beinhalten sowohl Sensitivitätsanalysen als auch Szenarioanalysen und umfassen sowohl historische als auch hypothetische Szenarien. Neben den regelmäßig durchgeführten Stresstests werden bei Änderungen der Rahmenbedingungen auch anlassbezogene Stresstests durchgeführt. Darüber hinaus führen wir auch inverse Stresstests sowie den hypothetischen Stresstest „schwerer konjunktureller Abschwung“ durch. Die Stresstestergebnisse werden dem Gesamtbankrisikolimit gegenübergestellt und sind angemessen in unser Berichtswesen integriert. Die Ergebnisse werden kritisch hinsichtlich eines möglichen Handlungsbedarfs reflektiert. Der Fortbestand unserer Bank ist nach unseren Stresstests nicht gefährdet.

Die für die Risikosteuerung relevanten Daten werden zu einem internen Berichtswesen aufbereitet und verdichtet. Die Informationsweitergabe erfolgt entweder im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung oder in Form einer ad hoc-Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat. Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten wird durch die Interne Revision geprüft.

2. Risikokategorien

Für unsere Bank sind die im Folgenden dargestellten Risikokategorien relevant.

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiko verstehen wir die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund des Ausfalls von Geschäftspartnern und ggf. der Migration oder der adressbezogenen Spreadveränderung das erwartete Ausmaß übersteigen.

Kreditrisiken

Nachfolgend sind die Kreditrisiken im Kundengeschäft beschrieben:

Durch den satzungsmäßigen Auftrag sind die Kreditrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft regelmäßig die Hauptrisikokategorie und haben für uns auch betriebswirtschaftlich eine hohe Bedeutung. Zur Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäftes haben wir eine bewusste Auswahl und Limitierung von Risikokonzentrationen sowie Steuerungsvorgaben für das Neugeschäft vorgenommen. Ebenso werden Volumens- und Portfoliolimite für den Bereich des Kundenkreditgeschäftes definiert. Die Portfoliostrukturen werden im Hinblick auf die Einhaltung unserer Limite im Zeitverlauf untersucht. Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft werden periodisch gemessen und auf die entsprechenden Risikolimite angerechnet. Ein Abgleich mit den eingetretenen Adressenausfallrisiken erfolgt je Berichtsstichtag. Die Bank setzt zur Messung der Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft an die einzelnen Segmente angepasste interne Rating- und Scoring-Verfahren ein. Des Weiteren hat die Bank das gesamte kundenbezogene Kreditgeschäft in die Risikogruppen nach der PrüfbV-alt (Kredit ohne erkennbares Risiko, Kredite mit erhöhten latenten Risiken, wertberichtigte Kredite) eingestuft. Als Risikoausweis stellen wir den unerwarteten Verlust dar. Der erwartete Verlust im Kundenkreditgeschäft wird bereits bei der Berechnung der Risikodeckungsmasse zum Abzug gebracht.

Im Geschäftsjahr 2015 ist unsere Risikostruktur im Kundenkreditgeschäft nach wie vor gut. Die Risikolage ist überschaubar. Nennenswerte Veränderungen zum Vorjahr haben sich nicht ergeben.

Kontrahenten- und Emittentenrisiken

Nachfolgend sind die Kreditrisiken im Eigengeschäft beschrieben:

Die Bank hält Eigenanlagen der genossenschaftlichen Finanzgruppe sowie anderer Emittenten. Für unsere Eigenanlagen haben wir – unter Berücksichtigung unserer Substanz- und Ertragskraft – ein System risikobegrenzender Limite eingeführt. Dabei wird auch eine Volumenslimitierung auf Geschäftspartnerebene durchgeführt. Sämtliche Limite werden durch ein vom Handel unabhängiges Risikomanagement überwacht und regelmäßig überprüft. Zudem begegnen wir Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken in unseren Eigenanlagen grundsätzlich durch eine Beschränkung auf Handelspartner guter Bonität.

Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, Einschätzungen der DZ BANK sowie auf eigene Analysen von Berichten und Beobachtungen der Spreadentwicklung der Emittenten zurück. In den Standard- und Stressszenarien werden differenzierte Risikoansätze berücksichtigt. In den Standardszenarien verwenden wir historische Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Jahresbasis sowie ergänzend VaR-Kennziffern mit einem Konfidenzniveau von 95 % und einer Haltedauer von 250 Tagen. In den Stressszenarien übernehmen wir VaR-Kennziffern mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von 250 Tagen. Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens und Schuldscheindarlehen/ Namensschuldverschreibungen werden die Risiken in Abhängigkeit von der handelsrechtlichen Bewertungsmethode berücksichtigt. Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen in Kreditprodukten werden mittels Value-at-Risk für jede Adresse berücksichtigt. Kreditprodukte werden anhand der Spreadentwicklung und der Ratingeinstufung überwacht. Wir führen derzeit im Wesentlichen Verbundbeteiligungen.

Das Beteiligungsrisiko wird als nicht bedeutend klassifiziert. Die Berücksichtigung im Risikotragfähigkeitskonzept erfolgt im Rahmen eines Risikopuffers. Den ermittelten Risikowerten werden die vorhandenen stillen Reserven gegenübergestellt. Ein Risikoansatz erfolgt nur in Höhe eines die stillen Reserven übersteigenden Risikowerts.

Länderrisiken

Die Bank stuft das Länderrisiko als Unterart der Adressenausfallrisiken insgesamt als nicht wesentlich ein.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken werden definiert als Gefahr von Vermögensschäden, die sich aus einer Änderung von Marktzinssätzen, Wechselkursen oder Aktienkursen ergeben.

Zinsänderungsrisiko

Für unsere Bank ist wegen der bestehenden Inkongruenzen zwischen ihren aktiven und passiven Festzinspositionen insbesondere das Zinsänderungsrisiko relevant. Das Zinsänderungsrisiko wird unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien monatlich ermittelt und dem vorhandenen Limit gegenübergestellt. Wir steuern unser Zinsänderungsrisiko mittels gleitender Durchschnitte. Ausgehend von unseren Zinsprognosen werden die Auswirkungen hiervon abweichender Zinsentwicklungen auf das Jahresergebnis ermittelt. Zur Quantifizierung der Auswirkungen bestimmter Marktveränderungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung und dem darin enthaltenen Abschreibungsrisiko werden Szenariobetrachtungen vorgenommen.

Die Bank ermittelt ihre Zinsszenarien auf Basis historischer Marktzinsveränderungen mittels mathematisch statistischer Verfahren. Für die wesentlichen variablen Positionen hat die Bank Ablauffiktionen auf der Grundlage gleitender Durchschnitte ermittelt. Ergänzend werden die Risiken nach der Veränderung des Barwertes des Zinsbuches mit dem Value-at-Risk Ansatz gemessen. Zur weiteren Darstellung der Zinsänderungsrisiken erstellt die Bank monatlich eine Zinsbindungsbilanz. Zur Steuerung der globalen Zinsänderungsrisiken setzen wir Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung haben wir dazu Zinsswaps und Caps abgeschlossen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Die übrigen Marktpreisrisiken werden entsprechend den aufsichtsrechtlichen Regelungen bei der Gesamtbanksteuerung berücksichtigt. Bedeutende Risiken für die künftige Entwicklung sind hieraus nicht zu erwarten. Wesentliche Währungsrisiken sind nicht vorhanden. Die Bank betreibt kein Warengeschäft.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko besteht in der Gefahr, dass die jederzeitige Zahlungsfähigkeit nicht gegeben ist, weil die benötigten Finanzmittel nicht zur Verfügung stehen. Das Liquiditätsrisiko umfasst das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (Abruf- und Terminrisiko) sowie das Liquiditätsanspannungsrisiko. Die Liquiditätsrisiken sind als wesentlich eingestuft. Da im Allgemeinen das Liquiditätsrisiko nicht sinnvoll durch Risikodeckungsmasse begrenzt werden kann, wird es nicht in das Risikotragfähigkeitskonzept einbezogen. Unabhängig davon wird das Liquiditätsrisiko im Risikosteuerungs- und -controllingprozess angemessen berücksichtigt.

Als Stresstests werden Liquiditätsabflüsse von Großeinlagen und offenen Kreditzusagen und deren Auswirkungen auf die Liquiditätssituation der Bank simuliert. Risikokonzentrationen sind nicht vorhanden. In liquiditätsmäßig engen Märkten sind wir nicht engagiert. Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt u.a. anhand der Liquiditätskennzahl bzw. den Beobachtungskennziffern der Liquiditätsverordnung sowie den ergänzenden Anforderungen der CRR. Darüber hinaus wird die Liquidität im Rahmen des monatlichen Risikoberichtes überwacht.

Operationelle Risiken

Als operationelle Risiken definieren wir die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder aufgrund externer Einflüsse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken und dolose Handlungen mit ein. Wesentliche identifizierte operationelle Risiken werden erfasst, jährlich analysiert und beurteilt. Für die Ermittlung des operationellen Risikos führen wir eine Expertenschätzung durch. Den operationellen Risiken begegnen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere Arbeitsanweisungen, die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Arbeitsabläufe, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, laufende Investitionen in neue DV-Systeme über die von uns beauftragte Rechenzentrale und Backup-Einrichtungen.

Versicherbare Gefahrenpotenziale (z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken) haben wir durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgesichert. Dem Rechtsrisiko begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare bzw. von rechtlich geprüften Vertragsvordrucken. Bei Rechtsstreitigkeiten nehmen wir Rechtsberatung in Anspruch. Über die Steuerung bzw. Minimierung dieser Risikoarten hinaus prüft die eigene Interne Revision, die mit drei Mitarbeitern besetzt ist, regelmäßig die Systeme und Verfahren sowie die wesentlichen Arbeitsabläufe. Im Geschäftsjahr 2015 sind keine operationellen Risiken mit spürbarer Ertragsauswirkung eingetreten.

Lagebericht (Auszug)

3. Gesamtbild der Risikolage

Im Geschäftsjahr 2015 war die Risikotragfähigkeit sowohl unter den von uns definierten Standard- als auch den festgelegten Stressszenarien gegeben. Die von uns im Rahmen unserer GuV-orientierten Risikosteuerung zur Risikodeckung im Standard-Risikofall zur Verfügung gestellte Risikodeckungsmasse belief sich zum 31.12.2015 auf 27 Mio. EUR. Demgegenüber standen aggregierte Gesamtbankrisiken in Höhe von 5,6 Mio. EUR. Dies entspricht einem Anteil an der zur Verfügung gestellten Risikodeckungsmasse in Höhe von 20,7 %. Zur Abdeckung von Stressfällen haben wir Risikodeckungsmasse in Höhe von 31,5 Mio. EUR zur Verfügung gestellt.

Zum 31.12.2015 beliefen sich die aggregierten Gesamtbankrisiken auf 10,7 Mio. EUR. Dies entspricht einem Anteil an der Risikodeckungsmasse in Höhe von 33,9 %. Entsprechend unserer Risikobereitschaft wird nur ein bestimmter Teil der Risikodeckungsmasse zur Absorption der Risiken im Standard- und im Stressfall zur Verfügung gestellt. Damit stellen wir sicher, dass wir unseren Geschäftsbetrieb auch dann weiterführen können, wenn die von uns eingegangenen Risiken schlagend werden.

Durch die neuen Basel III Anforderungen (seit 1. Januar 2014) ergeben sich erhöhte Eigenmittelanforderungen. Diese haben wir im Jahr 2015 jederzeit eingehalten. Nach derzeitigem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2016 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/ Substanzsituation der Bank gegeben. Die dargestellten Risiken werden nach unserer derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung unserer Bank nicht wesentlich beeinträchtigen.

VI. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Prognosen, die sich auf die Entwicklung der VR Bank Kitzingen eG für das Geschäftsjahr 2016 beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Laut Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist in 2016 von einer moderaten Fortsetzung der konjunkturellen Erholung im Euroraum auszugehen. Getrübt vom Abschwung in den Schwellenländern, dem Streit um offene Grenzen in der Europäischen Union sowie einem möglichen Brexit, dürfte die konjunkturelle Erholung vor allem durch sinkende Energiekosten, einen schwachen Wechselkurs des Euro und historisch niedrige Finanzierungskosten Unterstützung erfahren.

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der Kreditgenossenschaften werden nach unseren Einschätzungen auch in den kommenden Jahren sowohl von dem anhaltend niedrigen Zinsniveau als auch von der Umsetzung regulatorischer Veränderungen geprägt sein.

Im Kundenkreditgeschäft planen wir im nächsten Jahr ein Wachstum von knapp 6 %, wovon 80 % durch das Firmenkreditgeschäft generiert werden soll. Gleichzeitig werden wir Wertpapieranlagen im Depot A reduzieren. Im Einlagen-geschäft gehen wir von einem nur geringen Wachstum aus.

Niedrige Zinsen bedeuten nicht nur für unsere Mitglieder als Anleger geringe Zinseinnahmen; wir rechnen in den kommenden Jahren mit deutlich rückläufigen Zinsüberschüssen. Das heißt, für uns fallen Einnahmen weg und wir müssen im Gegenzug Kosten senken, um die Leistungsfähigkeit für unsere Mitglieder zu erhalten. Eingeleitete Veränderungen, wie die Zentralisierung unserer Finanzberatung, sind Teil unserer Strategie zur Kostensenkung. Diese soll durch weitere Prozessoptimierung vorangetrieben werden, ohne dabei gegen die mehrheitlichen Mitgliederinteressen zu handeln. Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2016 eine Aufwands-/ Ertragsrelation (Cost-IncomeRatio – CIR) von 73,46 %.

Nach unserer Ergebnisvorschaurechnung für das Jahr 2016 wird die Ertragslage nicht unwesentlich durch die rückläufige Zinsspanne belastet, sodass ein deutlich verschlechtertes Jahresergebnis zu erwarten ist.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist wegen einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge so-

wie ausreichend zur Verfügung stehender Refinanzierungsmöglichkeiten auch im Jahr 2016 nicht zu rechnen. Wir verfügen über eine solide Kapitaldecke und können unsere Geschäfte weiter ausbauen. Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2016 eine Kernkapitalquote von 17,97 % und eine Gesamtkapitalquote von 19,75 %.

Insgesamt gehen wir davon aus, dass sich die Geschäfte der VR Bank Kitzingen eG – durch frühzeitiges Entgegenwirken gegen die erwarteten Risiken – zufriedenstellend entwickeln werden.

Wesentliche Risiken für die Ertragslage bestehen im kommenden Jahr vor allem hinsichtlich der sinkenden Zinsspanne bei anhaltend niedrigem Zinsniveau. Außerdem könnte eine schlechtere Konjunkturentwicklung als prognostiziert zu einer rückläufigen Geschäftsentwicklung führen und das geplante Wachstum hemmen. Wesentliche Chancen für die Ertragslage und den Geschäftsverlauf bestehen im Jahr 2016 bei einer stärkeren Nachfrage im Kredit- und Einlagengeschäft. Außerdem sehen wir durch Stärkung der Beratungsqualität aufgrund der Zentralisierung unserer Finanzberatung eine Chance, Provisionserträge aus dem Vermittlungs- und Wertpapiergeschäft zu steigern.

Gemeinsam werden wir uns an sich ändernde Bedingungen und Möglichkeiten anpassen. Wir erwarten, dass unsere genossenschaftliche Bankenwelt deutlich digitaler wird. Zugang zu Bankleistungen bieten künftig nicht nur Geschäftsstelle, Computer sowie Bank- und Kreditkarte. In Zukunft wird auch das Smartphone die Zusammenarbeit zwischen Bank und Mitglied verändern. Unser Ziel ist und bleibt es, die Mitglieder mit preiswerten Dienstleistungen von hoher Qualität bei zentralen Bank- und Finanzfragen zu versorgen.

VII. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Aufsichtsrat



Edelgard Pieper-Pavel
Aufsichtsratsvorsitzende



Josef Scheller
stv. Aufsichtsratsvorsitzender
Vorsitzender des Prüfungsausschusses



Prof. Dr. Leonhard Knoll
stv. Aufsichtsratsvorsitzender
Vorsitzender des MaRisk-Ausschusses



Roland Nagel



Ralf Schimmel



Gudrun Schröder



Heinz Wenkheimer
Vorsitzender des Kreditausschusses

Vorstand



Roland Köppel
Vorstand



Peter Siegel
Vorstand

